

Klimaerwärmung?

von Jürgen Bellers, Universität Siegen 2011

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Wissenschaft als sozialer Prozeß

Modelle und statistische Konstruktionen

Chronologie der Klimaerwärmungs-Politik

Die deutsche Psyche

„Pro-aktiv-Akteure“ des grünen Idealismus

Kleine Geschichte der Klimaforschung

Umweltpolitik

Die Grünen

Die grünen Medien

Zusammenfassung

Anhang:

Draußen vor ...

**Katastrophen- und Weltuntergangs-
kommunikation**

Eine prominente Gegenstimme

Einleitung

Diese Publikation beabsichtigt nicht, in der Kontroverse zwischen Befürwortern und Skeptikern der Klimaerwärmung physikalisch oder klimatologisch Stellung zu nehmen. Sie stellt sich nur eine Frage: Wie ist es und war es möglich, dass sich derart dominierend vor allem in Deutschland eine Meinung (nämlich die Befürworter) vorherrschend und alleinig etablieren konnte, was für die auf Kontroverse und Kritik angelegte Wissenschaft und Politik liberaler Gesellschaften eher unüblich ist. Denn ansonsten thematisieren die Medien ja auch noch die abstrusesten Thesen, so, dass z.B. mehrere Jahrhunderte des Mittelalters von Fürsten konstruiert worden seien, gar nicht stattgefunden hätten. Und auch in den Naturwissenschaften gibt es nicht nur das einfache „wahr oder falsch“. Man denke nur an die jahrelange Kontroverse zwischen Einstein und Heisenberg über die empirisch festgestellte Unschärferelation. Einfache Fakten gibt es nur wenige. Das meiste muß vom Menschen gedeutet werden – so oder so.

Klima-Skeptiker werden heutzutage bis auf wenige Ausnahmen verschwiegen, an den Rand gedrängt, lächerlich gemacht, sogar wegen Beleidigung vor Gericht gezogen, usw. In den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten kommen sie nicht. Das bedarf der Erklärung, um auch die Diskussion um die Erderwärmung zu versachlichen. Ich werde die Frage zu beantworten suchen, indem ich zunächst darlege, wie Wissenschaft, insbesondere die Klimatologie, funktioniert, wie darauf die Öffentlichkeit reagiert, warum die Parteien so einheitlich agieren, was statistische Modelle können – und was nicht, welche Institutionen und Akteure hier mit ihren Interessen engagiert sind, und wie es in anderen Staaten aussieht. Zum Schluß werde ich eine Antwort geben, wie die Klimaerwärmungsmeinungsharmonie zu deuten ist.

Eines sei vorweg gesagt: es geht hier auch nicht um Pro oder Kontra Umweltschutz, natürlich war die Säuberung des Rheinwassers sinnvoll (begonnen durch die Anliegerindustrien des Rheins und Innenminister Genscher 1969 ff.), es geht hier nur um die an die Wand gemalte „Klimaerwärmung“ mit den daran geknüpften, weitgehenden Forderungen für unser Leben, z.B. weniger Auto zu fahren, icht mehr in den Urlaub usw. Ist das berechtigt? Wie sicher sind die Prognosen? Was kann der Mensch überhaupt wissen.

Wissenschaft als sozialer Prozeß

Immer wieder konnte man in der Wissenschaftsgeschichte erleben, dass eine Position sich als einzige monopolistisch durchsetzen konnte: Hegel brachte als preußischer Staatsphilosoph zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf vielen Lehrstühlen seine Schüler unter, so daß über Jahrzehnte die Philosophie hegelianisch war. Darwin eroberte die Biologie, zumal seine durch umweltbezogene Fitness geprägte Evolutionstheorie durchaus mit dem kapitalistischen Konkurrenzprinzip harmonierte, wie es sich in England

herausgebildet hatte. Erst in der Gegenwart wagen sich wieder Vertreter der Gegentheorie, des Lamarckismus, hervor. Die ja nicht ganz unplausible Intelligence Design – Theorie wird allerdings weiterhin als bloß religiös diskriminiert. Aber warum soll man nicht die zufallsgesteuerte Mutation nach Darwin durch Gott erklären? Beides ist gleichermaßen nicht zu beweisen – oder eben beides zu beweisen, z.B. durch Gottesbeweise oder durch die Erforschung von Millionen Jahre alten Skeletten, wenn nicht ohnehin der Zufall ein anderer (atheistischer) Ausdruck für Gottes wunderhaftes Wirken ist. Aber heute meinen Wissenschaftler nicht mehr religiös denken zu dürfen, weil Wissenschaft angeblich wertneutral sein müsse (als ob das überhaupt möglich wäre.)

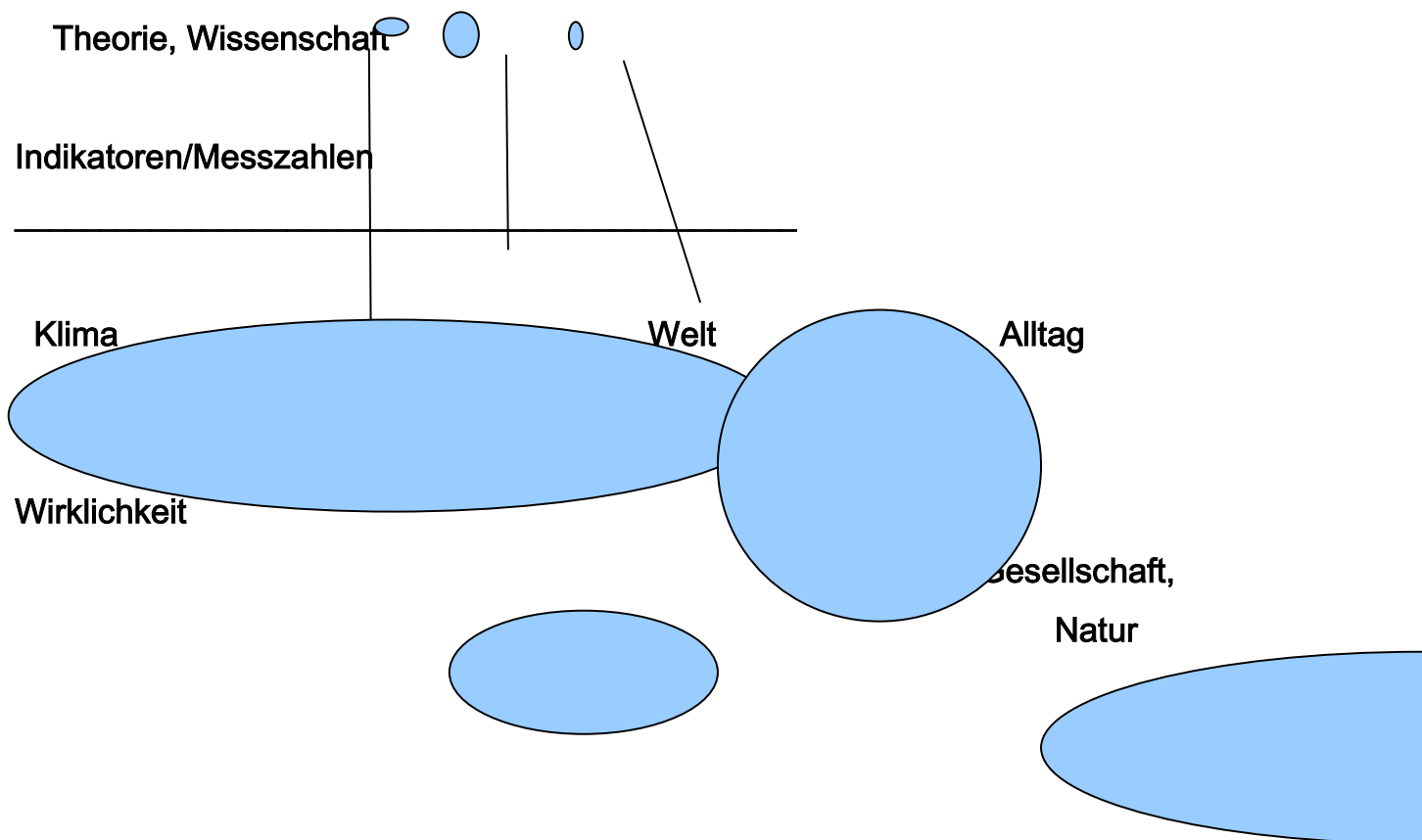
In den 1970 Jahren wurden die Universitäten überschwemmt vom marxistischen Denken, das einen großen Teil der Studenten (aber nur einen kleinen Teil der Professoren) erfaßte. Insgesamt entstand aber ein Eindruck marxistischer Dominanz, die Marxsche Theorie bot die einfachen Schemata, mit denen Jugendliche die Welt zu erklären können glaubten. Spätestens seit dem Untergang des Ostblocks war dieses Gespenst verschwunden, aber es blieben Generationen von Lehrern und Schülern, die unter dem einseitigen Einfluß von Begriffen wie allgegenwärtiger Ausbeutung durch das immer böse Kapital stehen (was dann auch zur heutigen Umwelthysterie mit beitrug, nach dem Erklärungsmuster, dass profitgierige Kapital zerstöre zu seinem Eigeninteresse die Natur.)

In diesen Prozessen wird deutlich: Wissenschaften und Universitäten sind nicht nur eine sozial angeschottete Suche nach Wahrheit, die dann – wenn weitgehen durch Beobachtungen bestätigt – als wahre Theorie geheiligt wird, Wissenschaft ist auch eine soziale Gemeinschaft mit all den Eigenschaften, die Menschen nun mal eigen sind: Man fördert die Freunde und Gleichgesinnten. (In manchen Universitäten stammt die Mehrheit der Professorenschaft aus den gleichen Heimatstädten oder von den gleichen Herkunftsuniversitäten.) Man lernt in seiner Ausbildung die gleichen Kriterien, was Wissenschaftlichkeit ausmacht, und kommt so zu ähnlichen Urteilen. Und jeder, der eine Professur erhalten will, muß sich daran halten. Nicht, dass das alles von den Professoren taktisch zur Herrschaftssicherung betrieben

würde; das auch. Aber zentral ist, dass die jeweilige Wissenschaftsgemeinschaft davon zutiefst überzeugt ist, was Änderungen um so schwerer macht. Und wie in der Mode, sucht jeder den Konsens mit den anderen, weil er auch die Mode als schön empfindet. Modebrecher gelten als bunte Vögel, die es schwer haben und höchstens geduldet werden (bis man in der Rückschau aus der Zukunft sieht, dass sie die ersten Vorläufer einer neuen Mode waren.) Der Wissenschaftstheoretiker Th. S. Kuhn hat nachgewiesen, dass der Wandel vom ptolemäischen zum kopernikanischen Weltbild ein sozialer und politischer Prozeß war, wie sich Kirche und moderne Wissenschaft gegenüber standen. Andere Theorien starben nur, indem ihre Vertreter leiblich und dann auch geistig dahingingen.

Der Lehrer von Kuhn, K. Popper, ebenfalls ein sehr einflußreicher, positivistischer Wissenschaftstheoretiker, hat daraus die Konsequenz gezogen, dass wissenschaftliche Aussagen nur solange gelten, bis sie widerlegt sind, sie seien nur vorläufige Hypothesen oder Theorien (was in der Wissenschaft aber oft vergessen wird, erst Recht in der Öffentlichkeit). Wie dann die These der Klimaerwärmung derart theologisch überhöht werden kann, ist wissenschaftstheoretisch in keiner Weise zu begründen und nur durch den innigen Glauben einer Anhängercommunity zu erklären, die von diesem Glauben die Abwendung des Weltuntergangs abhängig sieht. Das Heil der Welt steht wieder auf dem Spiel, und zwar hiernieden, nicht im jenseitigen Himmel, wie es das Christentum glaubt. Daz später mehr.

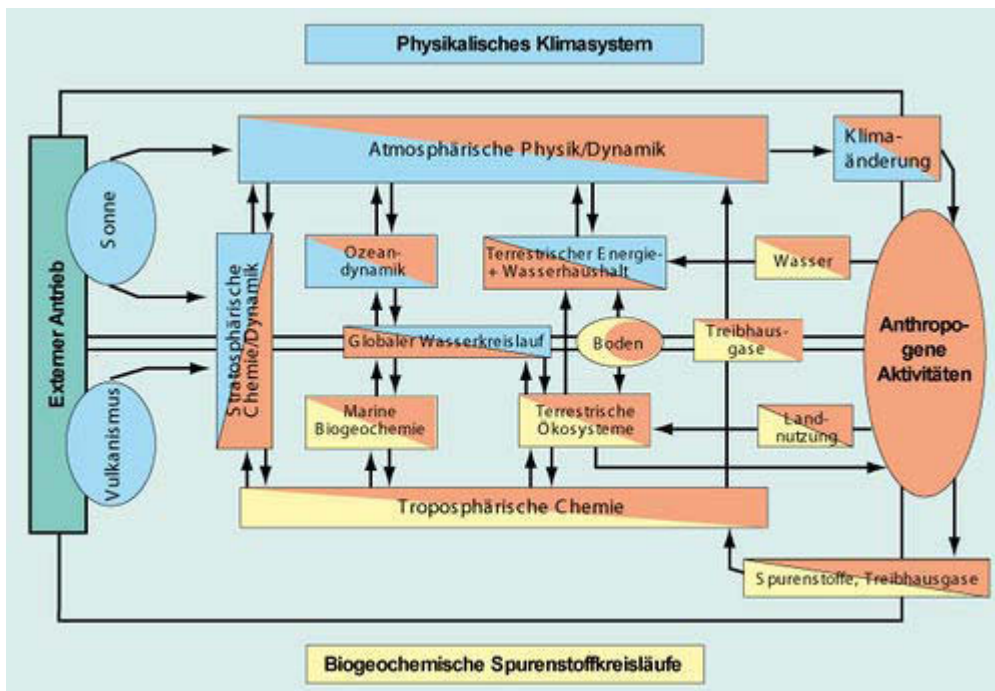
Popper gebraucht ein schönes Bild, mit dem er die Lage und die Grenzen der Wissenschaft zu visualisierensucht: Er vergleicht sie mit einem auf Stelzen und Pfählen gebauten Dorf in einem Ozean, der hin und her wogt und sich ständig ändert. Die Pfählen sind die Meßlatten (Indikatoren, Modellvariablen s.u.), mit denen Wissenschaft über Messungen punktuell das Meer zu erfassen versucht, die Messungen erfassen nur rd. 1 % des Meeres, mehr ist technisch gar nicht möglich. Und von diesen wenigen Meßstationen erhebt man dann viele Daten, und untersucht, ob sie sich gemeinsam entwickeln, oder nicht. Wenn man solche



Gemeinsamkeiten z.B. zwischen Wasserstand und Regenhäufigkeit feststellt, sind Wissenschaftler ganz stolz, weil sie eine „Gesetzmäßigkeit“ entdeckt zu haben glauben, die sie mit dem Namen „Theorie“, oft nach dem Namen des Erfinders benannt, krönen. Wobei allerdings oft vergessen wird, wie begrenzt die Basis ist. Wahrscheinlich erfaßt man so nur die Meßstationen, nicht aber den Ozean oder das Klima. Diese positivistische Wissenschaft, der H. Albert Modellpaltonismus vorwarf, ist deshalb sehr einflußreich, weil sie nur von angeblich präzise Meßbarem

ausgeht und so in ihren Ergebnissen unerschütterlich scheint, aber nur scheint. Letztlich wird hier aber nur eine statistisch-empirische Sekundärwelt konstruiert, die nicht mit der Welt übereinstimmt. Aber dass man die Welt retten und das Klima steuern kann, ist Berufsperspektive und Illusion der vielen, jungen und noch wenig erfahrenen Studenten, die Politik und Soziologie und Naturwissenschaften an unseren Universitäten studieren. Es herrscht eine negative Klima-Euphorie wie der Nationalismus um 1900, als auch viele verblendet waren und bitter später erwachen mußten.

Modelle und statistische Konstruktionen



[wiki.bildungsserver.de/ klimawandel/upload/thu...](http://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/upload/thu...)

Dies ist ein einfaches Klimamodell, aber selbst das zeigt, wieviele Faktoren hier bedeutsam sind, denn die Kreise und Kästen bestehen wiederum aus vielen weiteren, hunderte von weiteren Faktoren, die gemessen oder geschätzt werden müssen und die untereinander in vielfältigen Beziehungen stehen, so dass sich die beteiligten Faktoren und Korrelationen nicht nur multiplizieren, sondern potenzieren, zumal kaum kalkulierbare Rückkoppelungen dazukommen. Die falsche Einschätzung eines Faktors hat unabsehbare Folgewirkungen. Problem ist, dass viele Modelle mit Wirklichkeit verwechseln. Scheinpräzise mathematische Gleichungen legen sich über das Modell und vermitteln den Eindruck von Sicherheit, aber wir wissen weniger, als wir glauben, wie viele Fehlprognosen zeigen, auch z.B. hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung. Es ist daher unwahrscheinlich, dass man Prognosen über 50 oder 100 Jahre leisten kann, wie das die Klimaforscher tun.

Exkurs: kleiner Auszug aus mathematischen Zusammenhängen (nach Forkel)

Was wird an Energie aufgenommen?

Die einfallende Sonnenstrahlung ist kurzwellig, deshalb wird diese Gleichung auch als kurzwellige Strahlungsbilanz Q_k bezeichnet.

$$Q_k = G - R$$

$$Q_k = D + H - R$$

oder in Abhängigkeit vom Albedo:

$$Q_k = G (1 - a)$$

G ...
Globalstrahlung
D ... direkte
Strahlung
H ... diffuse
Strahlung
(Himmelsstrahlung
g)
R ...
Reflexstrahlung
a ... Albedo (in
%/100)

Was wird an Energie abgegeben?

Die Erdoberfläche entsendet Wärmestrahlung (infrarot). Da diese Strahlung langwellig ist, wird diese Formel auch als langwellige Strahlungsbilanz Q_l bezeichnet.

AE ...
effektive
Ausstrahlung
AO ...
Ausstrahlung
der
Erdoberfläche
AG ...
Gegenstrahlung

$$Q_l = AE = AO - AG$$

Was steht nun an Energie auf der Erdoberfläche zur Verfügung?

Aus den beiden Formeln für die Strahlungsaufnahme und die Strahlungsabgabe, also für Gewinn und Verlust, lässt sich nun ermitteln, wieviel insgesamt zur Verfügung steht (gesamte Strahlungsbilanz Q, Nettostrahlung)

$$Q = Q_k - Q_l$$

$$Q = G - R - AE$$

Um das Verständnis des Strahlungshaushaltes und dieser Formeln zu verbessern, kann man auch diese Aufgabe lösen.

Betrachtet man nun die Strahlungsbilanz für die Erdoberfläche, die Atmosphäre und für das Gesamtsystem Erde - Atmosphäre mit den oben genannten

Prozentsätzen ergibt sich folgendes Bild:

**Strahlungsbilanz für Erdoberfläche, Atmosphäre und Gesamtsystem Erde -
Atmosphäre**

	Erdoberfläche	Atmosphäre	Gesamtsystem
Energiegewinn $Q_k = \underline{51\%}$		durch Absorption kurzwelliger Sonnenstrahlung: <u>19%</u>	<u>100%</u> Sonneneinstrahlung
Energieverlust $Q_l = AO - AG = 98\% - 77\% = \underline{21\%}$		durch Ausstrahlung langwelliger Wärmestrahlung: <u>49%</u>	30% (Albedo) + 21% (effektive Ausstrahlung der Erdoberfläche) + 49% (Ausstrahlung der Atmosphäre) = <u>100%</u>
Bilanz	$Q = 51\% - 21\% = \underline{30\%}$	$Q = 19\% - 49\% = \underline{-30\%}$	$Q = \underline{0}$

Insgesamt nimmt das System Erde - Atmosphäre also genauso viel Energie von der Sonne auf wie es wieder abgibt. Im langjährigen Mittel ist die Strahlungsbilanz der Erde somit ausgeglichen. Innerhalb des Systems zeigt sich aber, dass die Erdoberfläche einen Energieüberschuss von 30% und die Atmosphäre ein Defizit von 30% hat. Um dieses Verhältnis auszugleichen wird Energie von der Erdoberfläche in die Atmosphäre transportiert. Dies kann in verschiedenen Formen statt finden:

Formen des Energietransportes in die Atmosphäre

Fühlbare (Sensible) Wärme

... ist die Wärme, die mit einem Thermometer gemessen werden kann. Diese wird transportiert durch:

Latente Wärme

... ist die Wärme, die als Energie im gasförmigen Wasserdampf enthalten ist.

⤴ Wind

⤴ horizontal aufgleitende Luft
(Advektion)

⤴ und vertikal aufsteigende Luft
(Konvektion) bei der Bildung von
Wolken

Wenn Wasser vom flüssigen in den gasförmigen Zustand verdunstet, muss es Wärme aufnehmen. Diese ist dann im Wasserdampf gespeichert und wird wieder abgegeben, wenn das Wasser in den flüssigen Zustand wechselt (kondensiert). siehe auch: [Luftfeuchtigkeit und Wolkenbildung](#)

Zusammenfassend kann gesagt werden:

Die Strahlungsaufnahme eines Ortes ist abhängig von:

- ⤴ der einfallenden Sonnenstrahlung (wird bestimmt durch Jahreszeit und geographische Breite),
- ⤴ der Bewölkung, die Strahlung reflektiert,
- ⤴ und der Beschaffenheit der Erdoberfläche, die auch unterschiedliche Albedo bewirkt.

Die Strahlung die ein Ort abgibt, hängt ab:

- ⤴ von der Wärme (Temperatur) der Erdoberfläche und
- ⤴ von der Art der Erdoberfläche (unterschiedliche Oberflächen - wie Sand, Wasser oder Wald - haben unterschiedliche Fähigkeiten langwellige Strahlung abzugeben).
- ⤴ Die Bewölkung beeinflusst die Ausprägung der Gegenstrahlung. So verursacht eine geringe Bewölkung eine hohe effektive Ausstrahlung, da kaum Reflexion statt findet.

Globale Energieverteilung und -transporte

Daraus ergibt sich, dass jeder Ort eine andere Strahlungsbilanz hat. Die polaren Regionen haben im langjährigen Mittel ein Strahlungsdefizit, weil sie ein halbes Jahr lang gar keine Einstrahlung haben (Polarnacht). Die tropischen Regionen haben ein Strahlungs- und Energieüberschuss, weil sie das ganze Jahr über gleichmäßig stark beschienen werden. Die Abhängigkeit der Nettostrahlung von

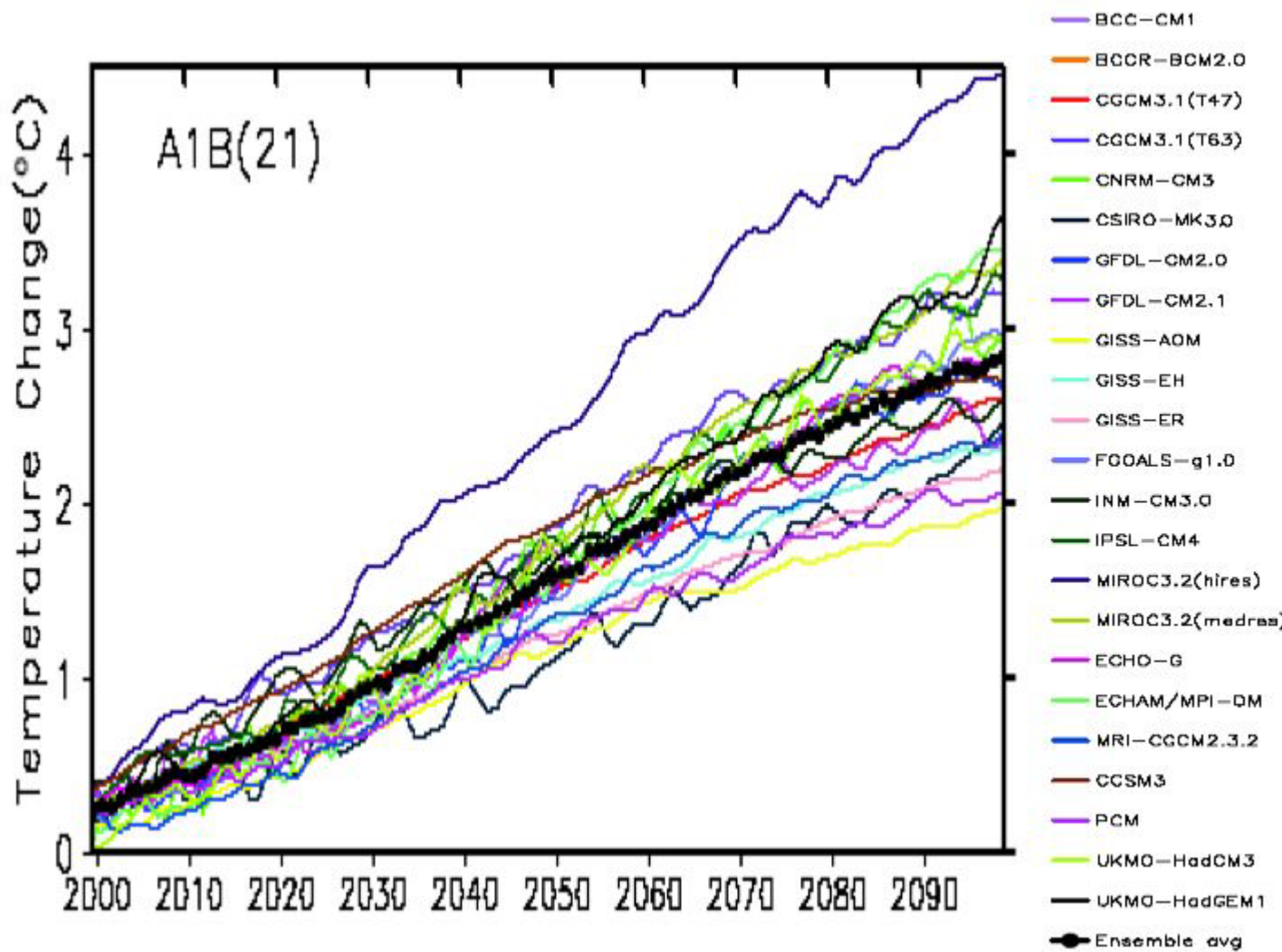
der geographischen Breite zeigt auch die nebenstehende Abbildung.

Um die ungleiche Energieverteilung auf der Erde auszugleichen, muss Energie von den niederen Breiten in die hohen Breiten transportiert werden. Dies erfolgt durch globale Windsysteme der atmosphärischen Zirkulation aber auch durch Meeresströmungen. Die Ausgangsfrage "Woraus resultiert die atmosphärische Zirkulation?" ist also mit der unterschiedlichen Strahlungsenergieverteilung auf der Erde zu beantworten.

Die atmosphärische Zirkulation und die Meeresströmungen resultieren also aus dem Strahlungs- und Wärmeunterschied zwischen Pol und Äquator.

Quelle

© Matthias Forkel, 12.2.2009



Auch der Weltklimarat geht von durchaus unterschiedlichen Klimaprognosen aus, nichts also sicher, allerdings werden die Prognosen der Klimakritiker einfach ignoriert. (Quelle der Graphik: Weltklima-Bericht, 2010)

Chronologie der Klimaerwärmungs-Politik (nach Bafu)

- Dezember 2010 [Uno-Weltklimakonferenz in Cancun](#): Die mittlerweile 194 Vertragsstaaten der UNO-Klimakonferenz einigen sich darauf, die Anstrengungen zur Vermeidung von Treibhausgasen zu verstärken und bestätigten die Anerkennung des 2-Grad-Ziels. Sie wollen verhindern, dass es nach Ablauf des Kyoto-Protokolls (d.h. ab 2013) zu einer Lücke kommt. Zudem beschliesst die COP 16 die Schaffung eines Klimafonds und Mechanismen gegen die Klima schädigende Nutzung - insbesondere Brandrodungen - von Wäldern in Entwicklungsländern.
- Dezember 2009 [Uno-Weltklimakonferenz in Kopenhagen](#): Die Vertragsparteien anerkennen im „Copenhagen Accord“ den Klimawandel als grösste Herausforderung der Menschheit und verlangen Massnahmen von den Industrie- sowie von den Schwellenländern. Das Resultat von Kopenhagen ist eine einseitige Verpflichtung und rechtlich nicht bindend. Ein rechtlich verbindliches Abkommen kann nun frühestens an der 16. UNO-Weltklimakonferenz Ende 2010 in Mexico verabschiedet werden.
- August 2009 Der Bundesrat verabschiedet [Botschaft zur Revision des CO2-Gesetzes](#). Das CO2-Gesetz bildet in der Schweiz die Basis für die Klimapolitik und regelt die Massnahmen bis 2012. Es muss deshalb für die Zeit ab 2013 weiterentwickelt werden.
- 2008 Die Schweiz führt die [CO2-Abgabe auf alle fossilen Brennstoffe](#) ein und trifft damit eine weitere Massnahme zur Reduktion der CO2-Emissionen.

- 2007 COP13 in Bali: Mit der [Verabschiedung der Bali Road Map](#) einigen sich die Vertragsparteien auf die Themen und den Fahrplan für die Verhandlungen über das klimapolitische Regime nach 2012 (post-Kyoto).
- 2007 [Vierter Lagebericht des IPCC](#): Gemäss den Szenarien des IPCC könnten die durchschnittlichen Temperaturen weltweit bis 2100 um 1.8 bis 4 Grad ansteigen. Der Bericht zeigt auf, dass die aktuellen Massnahmen im Rahmen der Klimapolitik nicht ausreichen, um die Treibhausgasemissionen im notwendigen Umfang zu reduzieren. Möglichkeiten und Mittel (z.B. wirtschaftliche Instrumente) zur notwendigen Reduktion der Treibhausgasemissionen sind aber laut dem Bericht weltweit vorhanden.
- 2006 COP12/MOP2 in Nairobi: Die teilnehmenden Länder einigen sich auf eine Arbeitsplanung für die Festlegung der Emissionsreduktionsziele der Industriestaaten für den Zeitraum nach 2012. Bundesrat Leuenberger fordert in seiner Rede vor der Versammlung ein umfassendes Engagement der Länder zur Verringerung der Emissionen und schlägt eine weltweite CO₂-Abgabe zur Finanzierung der Anpassungsmassnahmen in Entwicklungsländern vor.
- Ende 2005 Die Schweiz reicht ihren ersten Zwischenbericht bezüglich der Umsetzung ihrer Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll ein; gemäss Artikel 3.2 des Protokolls von Kyoto müssen die Industrieländer regelmässig ihre Fortschritte bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll nachweisen.
- Seit 2005 Jährliche Zusammenkunft der Vertragsstaaten der Klimakonvention (COP) und gleichzeitig Tagung der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls (MOP, Meeting of the

Parties to the Kyoto Protocol)

- Februar 2005 Das [Kyoto-Protokoll](#) tritt am 16.2.2005 in Kraft, nachdem es von mehr als 55 Staaten ratifiziert worden ist, welche für 55% der CO2-Emissionen der Industrieländer verantwortlich sind (Stand der Ratifikation im November 2005: 157 Staaten).
- 2003 Die Schweiz ratifiziert das [Kyoto-Protokoll](#).
- 2001 Dritter Lagebericht des IPCC: Der Bericht bekräftigt und vertieft die früheren Befunde des IPCC. Er hält darüber hinaus fest, dass die weltweite Erwärmung seit den 70er-Jahren allein durch die natürlichen Schwankungen des Klimas nicht mehr erklärt werden kann.
- 1999 Die [Schweiz erlässt das CO2-Gesetz](#), das den Grundstein für eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik legt. Danach muss der CO2-Ausstoss bis 2010 (gegenüber 1990) um 10 Prozent gesenkt werden. In Anlehnung an die internationalen Regelungen des Kyoto-Protokolls sieht das CO2-Gesetz vor, dass auch Emissionsverminderungen im Ausland anrechenbar sind. Das CO2-Gesetz setzt in erster Linie auf freiwillige Massnahmen insbesondere der Wirtschaft, in zweiter Linie auf Lenkungsinstrumente wie die CO2-Abgabe.
- 1997 COP3 in Kyoto: Über 5000 Vertreter von Regierungen, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien nehmen an dieser Konferenz teil, welche am 11. Dezember 1997 zur [Verabschiedung des Protokolls von Kyoto](#) führt. Damit ist die Grundlage für eine international verbindliche Emissionsreduktionspolitik gelegt.
- Seit 1995 Jährliche Zusammenkunft der Vertragsstaaten der Klimakonvention (COP, Conference of the Parties to the

UNFCCC).

- 1995 Zweiter Lagebericht des IPCC: Der von rund 2000 Wissenschaftlern und Experten aus aller Welt verfasste Bericht kommt zum Schluss, dass es einen erkennbaren Einfluss des Menschen auf das globale Klima gibt.
- 1994 Die [Klimakonvention tritt am 21. März 1994 in Kraft](#), nachdem sie von 50 Staaten ratifiziert wurde. Innert 10 Jahren steigt die Zahl der Ratifikationen auf 189.
- 1992 Umweltgipfel von Rio de Janeiro: Das [„Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen“](#) wird zur Unterzeichnung durch die Staaten aufgelegt.
- 1990 Zweite Weltklimakonferenz: Die Forderung nach Verhandlungen über eine Konvention zum Schutz des Klimas findet breite Unterstützung. 137 Staaten und die Europäische Union verabschieden eine Schlusserklärung, in der verschiedene Prinzipien unterstützt werden, die später Eingang in die Klimakonvention finden.
- 1988 Einsetzung des [IPCC \(Intergovernmental Panel on Climate Change\)](#): Der zwischenstaatliche Expertenausschuss soll den wissenschaftlichen, technischen und sozio-ökonomischen Kenntnisstand über Ursachen und Folgen einer globalen Klimaänderung evaluieren und regelmässig Bericht erstatten
- 1979 Erste Weltklimakonferenz: Die Regierungen der Welt werden aufgefordert, „potentielle von Menschen verursachte Änderungen im Klima, die sich nachteilig auf das Wohl der Menschheit

auswirken könnten, zu verhindern.“

Quelle: Bundesamt für Umwelt (BAFU), <http://www.bafu.admin.ch/klima/>

Die deutsche Psyche

Adenauer meinte, die Deutschen seien ein Volk ohne innere Balance: vom Biedermeier pendelten sie abrupt zum nationalistischen Militarismus; von diesem zum Pazifismus von heute; von der ersten Industrialisation um 1900 hin zur gleichzeitigen, naturorientierten Jugendbewegung mit Nachtbaden und Rückzug in Wald und Weide. Diese Romantik zieht sich durch bis heute. Warum ist das so?

- ✧ Durch den 30-jährigen Krieg waren die Deutschen zur Hälfte umgebracht worden, ein Schock, der sie bis heute skeptisch gegenüber Politik überhaupt machte und sie so illusorische Vorstellungen einer heilen Welt entwickeln ließ, die der Staat umsetzen sollte – der Instanz, die als aufgeklärte siegreich aus diesem großen Krieg hervorging.
- ✧ Diese Suche nach der heilen, sauberen, strahlenfreien und nicht erwärmten Welt war Folge der Verbindung von Religion und Politik im Heiligen Reich des deutschen Mittelalters, das dann allerdings endlich 1806 wegen innerer Uneinlichkeit unterging. Aber das Ideal bleibt: der Kaiser sollte (verbunden mit dem Papst) nicht nur die Welt regeln, sondern auch das Heil bringen, die

ewig gute Welt. Noch der Widerstandskämpfer gegen Hitler, Graf von Stauffenberg, starb mit den Worten „Es lebe das Reich“ auf den Lippen.

- ♣ Schließlich war es eine weitere Folge des Großen Krieges, dass man nun nicht mehr wußte, was wahr und gut ist; denn wenn es zwei Wahrheiten gibt, wie die der kriegsführenden Katholiken und Protestanten, die dann auch noch im Westfälischen Frieden von 1648 als gleichberechtigt anerkannt wurden, dann gibt es keine Wahrheit mehr. Die Deutschen waren infolgedessen diejenigen, die derart desaströs zerstörerische Denker wie Marx und Nietzsche hervorbrachten und somit Hitler und Stalin gebaren. Was nach deren Völkermorden übrigbleibt, war ein Streben der Deutschen nach materieller Wohlfahrt: erst in Form des Wirtschaftswunders, heute in Form der absolut reinen Umwelt: Die deutsche Hausfrau regiert wieder.

Demgemäß sind die Deutschen die umweltschonendste Nation der Welt. Heute will man wieder das Heil auf Erden mit einer klimastabilisierenden Umweltpolitik realisieren. Religion und Politik verbinden sich in schlechter Tradition, was zum Fanatismus und Totalitarismus der Umweltbewegung führt.

„Pro-aktiv-Akteure“ des grünen Idealismus

Der Nationalstaat mit seinem Volk ist der dominante Akteur heutiger internationaler und nationaler Politik, also die sich mit der Französischen Revolution vor 200 Jahren herausbildenden, innigen Kombination von demokratisch mobilisiertem Volk (Franzosen, Inder, Amerikaner usw.) + einheitlicher Sprache + gemeinsamer Geschichte + daraus sich selbst bestimmender Nation als bewußter Handlungs- und Schicksalsgemeinschaft + hierarchisch-bürokratischer Staatlichkeit. Diese Staatsform hat sich zumindest im nordatlantischen Raum durchgesetzt, zunehmend auch in Ostasien. In Afrika ist seine Bildung durch ethnische Vielfalt und Dominanz des Militärs erschwert.

Dem weltbürgerlichen Idealismus ist diese Staatsform obskur, da sie nicht seinem Ideal von der Gleichheit aller Menschen entspricht. Aber Demokratien, die zur Zeit nur territorial begrenzt organisierbar sind, müssen immer entscheiden, wer mitwählen darf und wer nicht. Dadurch diskriminiert jede Demokratie in jeder Wahl notwendigerweise Milliarden von Menschen, die nicht dazu gehören können. Allen Menschenrechtskampagnen zuwider.

Wegen dieser den Grünen wohl unbewußten Aversion gegen Nationalstaaten und deren Regierungen werden diese gerne diffamiert. Die Idealisten denunzieren sie – ähnlich wie schon Carl Schmitt und die Nationalsozialisten – wegen angeblicher Korruption, nur die Lobbies würden herrschen, und die Politiker seien alle nur käuflich. Dabei wird übersehen, dass FDP-Politiker nicht deshalb für Privatisierungen sind, weil sie vorgeblich von der Industrie bestochen wurden, sondern weil sie als Liberale davon überzeugt sind.

Dennoch: dieses Lobby-Gerücht nehmen die Idealisten zum Anlaß, den Nationalstaat und demokratisch gewählte Regierungen zu diffamieren und zu delegitimieren. Stattdessen werden – nicht demokratisch legitimierte – neue und oft flüchtige Organisationen als wahre Träger des Volkswillens – was immer das sei – geschaffen: Bürgerinitiativen, Demonstrationen, Räte aller Art, Straßenkampfgemeinschaften, niemandem verantwortliche Journalisten, die sogar von sich behaupten, sie seien die 4. Gewalt - propagiert, die z.T. gewaltsam auf ihr Anliegen aufmerksam machen oder es durch Dauerdemos und Platzbesetzungen zu Lasten der schweigenden Mehrheit erzwingen. Angesichts immer anstehender Wahlen und einer übersensibilisierten, z.T. links-grün dominierten Öffentlichkeit knicken hier Regierungen und Parlamente schnell ein, zumal die Rebellengruppen oft durch eine katastrophische Stimmung eines vorgeblich kurz bevorstehenden Weltuntergangs ängstigen: Atomkrieg bis 1990, ab 1990 sog. Klimaerwärmung auf der Basis hoch abstrakter, statistischer Prognosen, Wald- und Robbensterben, usw.

Die Rebellen agieren national und international und tauchen auf internationalen Konferenzen zu Tausenden auf, um ihre Interessen durchzusetzen. Regierungschefs, die sich international treffen, sind – im Gegensatz zu den Rebellen - zumindest meist demokratisch gewählt. Themen der Rebellen sind u.a.: weltweites Menschenrecht auf Abtreibung, so amnesty international; Kampf gegen die Ausdehnung der Sahara, die sich seit 9000 Jahren ausdehnt; Schutz der Urwälder, um den Armen dieser Gegend auch noch diese Einnahmequelle zu nehmen; Kampf gegen große Talsperren, um die Industrialisierung der Entwicklungsländer zu erschweren und die eigene Industrie vor Konkurrenz zu schützen. Usw.

Zivilgesellschaft ist das große Schlagwort seit Ende der 80er Jahre, als u.a. W. Brandt („Wir müssen mehr Demokratie wagen!“) und M. Gorbatschow („Gemeinsames Haus Europa“) um diesen Begriff herum ein gesamtgesellschaftliches, europa- oder weltweites Reformkonzept zur weiteren Befreiung aller Gesellschaften und Gesellschaftsbereiche entwickelten und um Welt und All zu sozialdemokratisieren. Ziel ist ein international koordinierter Abbau

von angeblich ungerechtfertigter Herrschaft in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, bis hin zur Befreiung der Frau vom Manne oder der Arbeiter vom Ausbeuter, um es polemisch zu formulieren, der Befreiung der Welt von allem Schmutz und dem Schutz vor gefährlicher Wärmestrahlung. Wie z.B. im „Kampf“ gegen den Stuttgarter Hauptbahnhof sollen aktive und „aufgeklärte“ Minderheiten Projekte verhindern, die als schädlich betrachtet werden, um solche zu befördern, die im Interesse aller lägen, wie immer man das auch festzustellen können glaubt. Auf jeden Fall gelte es, den rein egoistischen Einfluß der Industrie oder von Dienstleistungskonzernen (DB z.B.) einzudämmen, einer Industrie oder Konzerne, in denen die meisten ihren Arbeitsplatz erhalten und die durch Exportüberschüsse die Devisen erwirtschaften, mit denen wir in Urlaub fahren und studieren können. Und das weltweit: zivilgesellschaftliche Minderheiten, die zu wissen glauben scheinen, was richtig ist, kämpfen gegen Ungerechtigkeiten allüberall, was immer das sei. Letztlich wird alles bekämpft, was ungleich ist, gegen die Männer und die Herrschenden überhaupt oder die Reichen und die Lehrer usw. Aber Menschen sind nun einmal ungleich. Ungleichheit ist nicht nur Ergebnis von Ausbeutung, man kann auch reich durch Fleiß und Erfindungen und Geschick werden.

Die zivilgesellschaftliche Strategie geht von zwei als selbstverständlich behaupteten Annahmen aus, die aber nicht selbstverständlich sind:

1. Böse Interessen, die Lobbys beeinträchtigen die Entscheidungsprozesse der Parlamente und Regierungen so, dass sie nur noch im Interesse der Reichen entscheiden würden. Aber warum kam es dann zum AKW-Ausstieg 2011? Wie zu betrieblichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer 1976? Wie zu den erheblichen Maßnahmen zur Reduzierung von CO₂? Abgeordnete und Minister entscheiden auch gemäß ihren Überzeugungen.
2. Es wird unterstellt, dass der kapitalistische Wirtschaftsprozess per se zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung geht, u.a das Klima erwärmt. Aber die Verdoppelung der Einkommen in Deutschland in den letzten 35 Jahren spricht dagegen. Und daß wird mittlerweile jedem im Notfalls einen Rechtsanspruch auf eine minimalen Grundsicherung garantieren, die die die Grundbedürfnisse

befriedigt (auch wenn sie unter der Hälfte des Durchschnittseinkommens liegt. Aber dies ist ein willkürlich festgelegtes Kriterium, um viele Sozialarbeiterstellen zu schaffen, in denen gerade die Grünen unterkommen.)

Problematisch ist die zivilgesellschaftliche Strategie vor allem in der internationalen Politik, da sie sich in aller Welt einmischt, dem völkerrechtlichen Grundsatz der Souveränität und Selbstbestimmung der Völker zuwider. So zwingt man die sich wirtschaftlich entwickelnden Länder des Südens zu CO₂-Reduktionen und droht so deren Wachstum zu bremsen, mit dem schönen Nebeneffekt, dass so auch die Importe aus diesen Ländern verringert wird, die unsere Arbeitsplätze in Deutschland gefährden würden .

Kleine Geschichte der Klimaforschung

Jeder Wissenschaftler strebt nach der Großen Theorie, mit der er vorgibt, die Welt erklären zu können und für sich Ruhm zu erreichen. Vorbild sind Einstein und Newton. Alltagswissen wird dabei diffamiert, weil es diesen Aufstieg zu wissenschaftlicher Höhe behindert. Aber Bauernregeln sind so falsch nicht: Sie treffen zumindest oft für die Gegend zu, in der sie entstanden. Aber das wurde mißachtet. Der erste, der Klima „wissenschaftlich“ erforschte, war Benjamin Franklin mit dem Golfstrom.

Zunächst lag jedoch der Schwerpunkt auf der Meteorologie ,derf Wtterkunde, die heutzutage immerhin das Wetter für 2 oder 3 Tage vorraussagen kann, indem man sich das Wetter im Atlantik anschaut, die Windrichtung beobachtet und dann sagen kann, wann das Atlantik-Wetter in Deutschland ankommt.

Wissenschaftler insbesondere der Universitäten haben immer ein Problem damit, wenn sie zu praktisch sind wohl möglich mit den Wetterfröschen nach der Tagesschau verwechselt werden. Das nimmt ihnen das Geheimnis und den Nimbus. Die Reutation leidet. Man will ja die Große Theorie. Daher hat die Klimatologie ihre Schwierigkeiten mit ihrer „kleinen“ Schwester, der bodenständigen

Meteorologie. Um so mehr wuchs das Ansehen der Klimaforschung mit der Klimaerwärmung und der Feststellung deren Ursachen, wie sie die Wissenschaft zu erkennen glaubt. Nun war und ist man in aller Munde. Und will das auch sichern. Daher sind Klimaskeptiker nicht beliebt. Stolz differenziert die Klimaforschung daher zwischen Wetter und Klima. Wetter – das ist die Eintagsfliege, die aber nichts über das langfristige Klima sagt. Das sei eine höhere Ebene. Das ist richtig, aber ganz kann man beide Ebenen doch nicht trennen, es sei denn, man propagiere eine Metaphysik des Klimas und der Klimaerwärmung. Letztlich setzt sich das Klima doch aus allen Wetterlagen zusammen.

Umweltpolitik

Umweltpolitik gibt es seit jeher, von den deutschen Fürsten der Aufklärungszeit, die ihre Wälder wieder aufzuforsten begannen, um sie weiterhin wirtschaftlich nutzen zu können, über die Wasser- und Straßensäuberungen der Kommunen in der Bismarckzeit und später, bis zu den ersten Initiativen der Chemieindustrie in den 1950er Jahren am Rhein – zusammen mit den Handelskammern Hollands –, die weitere Verschmutzung des Rheins zu stoppen. Willy Brandt zog 1961 als Kanzlerkandidat der SPD mit der Parole vom blauen Himmel über der Ruhr in den Wahlkampf, ohnehin hatten die Jugendbewegung und der deutsche Naturschutz seit 1900 das Thema aktiv in die Öffentlichkeit gebracht, und selbst die Nazis mißbrauchten und pervertierten es im Rahmen ihrer Blut- und Bodenpolitik.

Schließlich wurde die deutsche Umweltpolitik von der sozialliberalen Koalition unter Innenminister Genscher 1969 voll institutionalisiert:

- Grundgesetzänderungen zur Stärkung der Kompetenzen des Bundes in der Umweltpolitik
- seit 1971 Sachverständigenrat für Umweltfragen
- 1974: Gründung des Bundesumweltamtes

- Begrenzung der Immissionen 1974 der Industrie hinsichtlich Luft, Lärm, Wasser usw. durch das Bundesimmissionsschutzgesetz
- erste Aktivitäten der Europäischen Gemeinschaft, die u.a. in den 80er Jahren die Umweltverträglichkeitsprüfung für Großprojekte verbindlich vorschrieb.

Da war es für die Grünen 1979 – in der Zeit ihrer Gründung - äußerst schwierig, mit dem Thema überhaupt noch punkten zu können. Es gelang durch die Emotionalisierung und Ideologisierung der AKW- und Atomwaffenfragen. Dazu trug mit bei die allgemeine German Angst vor Strahlen aller Art und vor den Gefahren eines Atomkrieges, wobei allerdings nicht übersehen werden sollte, dass die Zeit des Kalten Krieges für Westeuropa eine der friedlichsten war. Auch AKWs schienen unheimlich, obwohl damals – 1980 – noch kein größerer Vorfall zu berichten war (bis auf die USA – Three Miles Islands - , wo man diesen Vorfall allerdings managte.) Die Strategie der Grünen seit 1980 bestand nun darin, diese angebliche Gefahr zu isolieren, die Vorteile zu unterschlagen, die Interessen der Betreiber als bloß gewinnorientiert zu diskreditieren, die Strahlenwirkungen durch immer neue Pressekampagnen zu übertreiben, auch mit Zahlen zu täuschen, auch tatsächliche Fragen aufzuzeigen, aber insgesamt ein Bild verantwortungsloser Regierungen und Betreiber an die Wand zu malen, zumal der Gegenbeweis der Nichtgefahr stets schwierig ist, denn wer kann schon langfristige Wirkungen ausschließen, die sich vielleicht erst in drei Generationen zeigen usw. Aber dann müsste man auch das Auto verbieten. Nichtsdestotrotz kam das Thema beim linken und liberalen Mittelschichtenpublikum gut an, das keine ökonomischen Probleme mehr hatte und nun nach neuen Feldern des Engagements und der Freizeitgestaltung suchte. Nicht zufällig sind die deutschen Gewerkschaften bis heute den Grünen gegenüber skeptisch eingestellt. Der grüne Verdi-Vorsitzende Bsirske sprach sich sogar 2005 für den Erhalt der AKWs aus.

Die SPD und die CDU reagierten angesichts des Zulaufs zu den Grünen schnell auf die Dauerthematik der Umwelt in den Medien und errichteten 1987 - so die Regierung Kohl – insbesondere nach dem AKW-Vorfall in Tschernobyl in Rußland (!) ein eigenes Bundesumweltministerium, das nun unter seinem Minister

Töpfer den Umweltgedanken gesellschaftlich entgrenzte: der Umweltschutz zog mit dem Rohstoffrecycling in den Alltag der Deutschen ein: Mülltrennung, angemahnte Selbstdisziplinierung beim Verbrauch von Energie, ein fast totalitärer Meinungsdruck, in dem man sich gar nicht mehr dagegen auszusprechen wagte.

Hinzu kam nun in den 1990ern die Angst vor einer angeblichen Klimaerwärmung infolge des CO₂-Ausstoßes von PKWs und Industrie, wodurch die Meeresspiegel ansteigen und Naturkatastrophen zunehmen würden. Das wurde nun von den Grünen zur bevorstehenden Weltuntergangskatastrophe hochstilisiert, was jegliche Art von Umweltschutz auch rigoroser Art rechtfertigte.

Einmal abgesehen davon, dass im letzten Jahrzehnt bis heute (2012) keine Klimaerwärmung festzustellen ist, und das bis 1975 die Klimaforscher noch eine nahende, neue Eiszeit prophezeiten, sind hier einige Fragen – nur Fragen – zu stellen:

- Sind Klimaschwankungen nicht eher ein zyklischer Prozeß, mal hoch – mal niedrig, im Mittelalter war Grönland noch grün und in Bremen gedeihete Wein.
- Die als Beweis angeführte weitere Verwüstung durch die Sahara ist ein Prozeß seit 7000 Jahren.
- Kann man überhaupt Prozesse über 50 Jahre vorhersagen, wie es der einflußreiche UN-Klimarat wagt.

Folgende Institutionen Prozess wurden durch die neue Umwelt initiiert, deren Legitimation in der Existenz einer Umweltkrise besteht – mit entsprechender Wahrnehmung und demgemäßen Engagement:

Grundgesetzänderungen 1971 zur Stärkung der Kompetenzen des Bundes in der Umweltpolitik, das Innenministerium erhält umfangreiche Umweltschutzkompetenzen

- seit 1971 Sachverständigenrat für Umweltfragen, mit öffentlich durchaus wirksamen Gutachten

- 1974: Gründung des Bundesumweltamtes im Geschäftsbereich des Umweltministeriums mit Beratungs-, Öffentlichkeits- und Durchführungsaufgaben, soweit das letztere in Gesetzen vorgesehen.
 - Begrenzung der Immissionen 1974 der Industrie hinsichtlich Luft, Lärm, Wasser usw. durch das Bundesimmissionsschutzgesetz
 - erste Aktivitäten der Europäischen Gemeinschaft, die u.a. in den 80er Jahren die Umweltverträglichkeitsprüfung für Großprojekte verbindlich vorschrieb. Heute verfügt die EU über eigene, umfangreiche im Bereich der Umweltpolitik, u.a. ist über sie das Emissionshandelssystem gemäß dem Kyoter Protokoll organisiert.
- Das Bundesumwelt- und die Landesumweltministerien seit Mitte der 80er Jahre, insbesondere infolge des Tschernobyl-Vorfalles, der die Deutschen sehr emotionalisierte und ängstigte und somit eine Steilvorlage für die 10 Jahre später folgende Klimaschutzkonvention von Rio lieferte.

Auch die Gerichte sind nur noch begrenzt eine Grenze für den übermoralisierenden Allanspruch der Umweltpolitik.

- Der EuGH räumt Umweltverbänden ein Verbandsklagerecht ein.
- Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hält Klimaschutz für wichtiger als der Schutz von Denkmälern.

–

Auswahl von Instituten

- ▲ Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung: In dieser staatlich finanzierten, 1992 gegründeten Einrichtung sitzen fast noch Erwärmungsbefürworter (rd. 310 Mitarbeiter). Es verfügt über fast 20 Mio. E aus verschiedenen Töpfen. Dessen bekanntester Klimaforscher, S. Ramstorf, geht gegen Klimaskeptiker derart vor, dass er vom Landgericht Köln wegen Beleidigung verurteilt werden mußte.

- ✧ Das Karlsruher Institut für Meteorologie: das drittmittelfinanzierte Öko-Institut in Freiburg mit 130 Mitarbeitern (seit 1977)
- ✧ Das staatlich finanzierte Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg, dessen Leiter Hans von Storch einer der wenigen ist, die die These der Klimaerwärmung hinterfragen, deren Folgen nicht für derart gravierend hält und wegen der Unsicherheit der globalen für regionale Prognosemodelle plädiert.
- ✧ Meteorologische Institute an allen größeren Universitäten in Deutschland, faktisch weist mittlerweile jedes Fach eine Umweltabteilung auf.
- ✧ Eine fast nicht mehr überschaubare Umweltbewegung mit „Aktivisten“ in allen Vereinen und Kirchen, Stadtverwaltungen und Parteien usw. sowie Hunderte von Umweltabteilungen in den großen Betrieben und großen Banken – mit einer großen, allgemeinverständlichen und alles umfassenden Parole: Realisierung von Nachhaltigkeit – now and every where
- ✧ nicht zu vergessen die deutsche Umweltindustrie, allein Umwelttechnologien machen 6% der deutschen Industrieproduktion aus, mit rasant steigender Tendenz und umfangreichen Exporten in alle Welt.
- ✧ Der Weltklimarat (IPPC) der UN, die sich so neue Aufgaben zu schaffen
- ✧ zahlreiche Weltklimakonferenzen

Umweltpolitik der EU (Auszug)

1993: Der Vertrag von Maastricht ermöglicht weitgehend Mehrheitsbeschlüsse für die Umweltpolitik und das Europäische Parlament gewinnt an Mitbestimmungsrecht. Das Vorsorgeprinzip wird als Handlungsgrundsatz der Umweltpolitik aufgenommen.

1994: Eine Europäische Umweltagentur mit Sitz in Kopenhagen wird gegründet.

1995: Die Europäische Umweltagentur nimmt ihre Arbeit auf.

1997: Das Protokoll von Kyoto wird abgeschlossen. Bis 2012 sollen die Emissionen um 8% gesenkt werden.

1999: Beginn der Grünen Wochen, der jährlichen EU-Umweltkonferenz.

1999: Im Vertrag von Amsterdam wird das Nachhaltigkeitsprinzip festgeschrieben.

2001: Sechstes Umweltaktionsprogramm der Kommission mit dem Motto "Umwelt 2010: Unsere Zukunft liegt in unserer Hand". Es wurde auf 10 Jahre festgesetzt.

2001: Die Staats- und Regierungschefs verabschieden auf dem Gipfel in Göteborg ihre Strategie für nachhaltige Entwicklung.

2002: Die EU ratifiziert das Protokoll von Kyoto.

(nach EU-Portal)

Internationale Umweltpolitik (Auszüge) (nach Ragnar Müller)

1985 Das Ozonloch über der Antarktis wird entdeckt.

Wiener Konvention: Zielvorgaben zur Reduktion der Produktion und des Verbrauchs des "Ozonkillers" FCKW werden zum Schutz der Ozonschicht beschlossen.

1986 Reaktorkatastrophe von Tschernobyl.

1987 Der **Brundtland-Bericht** (Bericht der WCED) wird unter dem Titel "**Our Common Future**" veröffentlicht. Er enthält die bis heute maßgebliche Definition von *sustainable development* (nachhaltige Entwicklung), das seither das Leitbild der internationalen Umweltpolitik darstellt: "Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs." Als Folge des Berichts beschließt die UN-Generalversammlung, eine Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNED) abzuhalten (siehe 1992, Rio-Konferenz).

Die Kommission stellt in ihrem Bericht fest, dass ökologische Entwicklungshilfe alleine nicht ausreicht, um die anstehenden Probleme zu lösen. Erforderlich sei eine Änderung des zerstörerischen Lebensstils der Industriestaaten des Nordens, beispielsweise durch eine Verringerung des Pro-Kopf-Verbrauchs von Energie, Wasser, Mineralien und Landschaft. Entwicklungshilfe dürfe nicht mehr für die Erschließung von Rohstoffquellen verwendet werden. Umwelttechnologie wie moderne Kohle-Gas-Kombinationen, Klärwerke und Müllverwertungstechnik müssten weltweit verbreitet werden.

Die Kommission stellte weiterhin fest, dass es seit Mitte der 80er Jahre trotz Entwicklungshilfe einen Nettokapitaltransfer von Süd nach Nord in Höhe von rund 40 Milliarden US-Dollar jährlich gebe, wobei diese Mittel vorwiegend durch Raubbau an der Natur erwirtschaftet würden. Nachdrücklich wurde auf den Zusammenhang von Umweltschutz und Entwicklung hingewiesen.

Verabschiedung des **Montrealer Protokolls** über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen. Die Vorgaben der Wiener Konvention werden konkretisiert, indem quantitative Verpflichtungen zum Ausstoß von FCKW und Halonen festgelegt werden. Auf den Folgekonferenzen (1989 Helsinki, 1990 London, 1992 Kopenhagen, 1995 Wien, 1997 Montreal, 1999 Peking) werden die Beschlüsse sukzessive verschärft. Dieses Ozonregime gilt als Musterbeispiel für erfolgreiche internationale

Umweltpolitik. Einschränkend muss aber hinzugefügt werden, dass es sich bei dem Problem des Schutzes der Ozonschicht im Vergleich etwa mit dem Problem des Klimawandels um ein relativ einfach zu bearbeitendes Problem handelt. Wenige Stoffe wurden eindeutig als Verursacher identifiziert. Diese Stoffe können großteils relativ einfach ersetzt werden.

198
8

UNEP und [WMO](#) (World Meteorological Organization) errichten das Intergovernmental Panel on Climate Change ([IPCC](#)).

Die in diesem Gremium arbeitenden Experten befassen sich mit Fragen der Umweltforschung und Folgenabschätzung, vor allem mit der Sammlung und Bewertung wissenschaftlicher Erkenntnisse über den Klimawandel und seinen Auswirkungen sowie mit der Ausarbeitung politischer Strategien.

In Toronto findet eine Klimakonferenz statt. Sie bildet den Auftakt für weitere Konferenzen in Den Haag, Hamburg und London (1989).

Wichtigstes Ergebnis der Konferenz ist der Aufruf zur Reduktion der Kohlendioxid-Emissionen um 20% bis zum Jahr 2005 und zur Ratifizierung des Montrealer Ozonprotokolls.

198
9

Die **erste Vertragskonferenz** zum Montrealer Protokoll findet in **Helsinki** statt.

199
0

Die **zweite Vertragskonferenz** zum Montrealer Protokoll findet in **London** statt.

Zweite Weltklimakonferenz in Genf.

Es besteht nun ein weitgehender wissenschaftlicher Konsens darüber, dass ein Klimawandel von verschiedenen Treibhausgasen verursacht wird. Die Notwendigkeit der Reduktion von Kohlendioxid, Stickoxiden, Methan und FCKWs wird angemahnt. Die Forderung des IPCC, den Ausstoß dieser Treibhausgase um 60% zu reduzieren, fand dennoch keine große Unterstützung.

Die UN-Generalversammlung errichtet das Intergovernmental Negotiating Committee for a Framework Convention on Climate Change (INC).

Dieses Gremium hat die Aufgabe, bis zur Konferenz in Rio 1992 eine globale Konvention zum Schutz des Klimas zu erarbeiten.

199
1

Die schlimmste Ölkatastrophe der Geschichte ereignet sich, als im Golfkrieg ca. 570 Millionen Liter Rohöl aus Verladestationen und zerstörten Tankern auslaufen.

199
2

Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro (United Nations Conference on Environment and Development - [UNED](#), "Earth Summit")

160 Staaten verabschieden die **Klimarahmenkonvention** der Vereinten Nationen mit dem Ziel, die Emissionen von Treibhausgasen bis zum Jahr 2000 auf das Niveau von 1990 zu reduzieren ([Text der Konvention](#); die Konvention tritt 1994 in Kraft, nachdem sie von 50 Staaten ratifiziert wurde; Folgekonferenzen finden 1995 in Berlin, 1996 in Genf, 1997 in Kyoto, 1998 in Buenos Aires, 1999 in Bonn, 2000 in Den Haag, 2001 in Bonn und Marrakesch, 2002 in Neu-Delhi und 2003 in Mailand statt; 10 Jahre nach Rio findet 2002 in Johannesburg der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung statt).

Mit der **Rio-Deklaration** wurde erstmalig eine umfassende Erklärung zum Ziel der Nachhaltigkeit vorgelegt und nationale Nachhaltigkeitsstrategien gefordert ([Text der Deklaration](#)).

Neben der Klimarahmenkonvention wurden zwei weitere Umwelt- und Entwicklungskonventionen verabschiedet, nämlich zur **Biodiversität** und zur Bekämpfung der **Desertifikation** (= Ausbreitung der Wüsten).

Weiterhin wurden Leitlinien zum Schutz der **Wälder** aufgestellt.

Zentral war die Verabschiedung der **Agenda 21**, ein umfangreiches Aktionsprogramm für nachhaltige Entwicklung im 21. Jahrhundert ([Text der Agenda 21](#)). Darin werden fast alle entwicklungsrelevanten Aspekte behandelt: Armutsbekämpfung,

Geschlechtergleichheit, Berücksichtigung der Interessen indigener Völker, Partizipation gesellschaftlicher Gruppen am politischen Prozess, Klimaschutz, Artenschutz, Schutz der Trinkwasserreserven etc. Das Kapitel 28 widmet sich der kommunalen Ebene: "Lokale Agenda 21" (siehe Grundkurs 3).

Vertragskonferenz zum Montrealer Protokoll in Kopenhagen .

199
3 Erstes Treffen der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung ([CSD](#))

199
5 Erste Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Berlin mit dem Ziel, innerhalb von zwei Jahren verbindliche Reduktionsziele für die Industrieländer festzuschreiben.

Vertragskonferenz zum Montrealer Protokoll in Wien .

199
6 Zweite Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Wien .

199
7 Auf der dritten Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Kyoto wird das **Kyoto-Protokoll** verabschiedet ([Text des Protokolls](#)). Es ist ein Zusatzprotokoll zur Ausgestaltung der Klimarahmenkonvention und schreibt - das ist die entscheidende Neuerung - *verbindliche* Ziele für die Verringerung des Ausstoßes von folgenden [Treibhausgasen](#) fest: Kohlendioxid (CO₂, dient auch als Referenzwert), Methan (CH₄), Distickstoffoxid (Lachgas, N₂O), Teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW/HFCs), Perfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKW/PFCs) und Schwefelhexafluorid (SF₆). Die Vertragsstaaten verpflichten sich, ihre Emissionen bis 2012 um durchschnittlich 5,2 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken. Die einzelnen Länder haben dabei unterschiedliche Vorgaben, die vor allem von ihrer wirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Für die EU-Staaten ist eine Senkung der Emissionen um 8 Prozent vorgesehen, Russland und die Ukraine haben sich dazu verpflichtet, das Niveau von 1990 nicht zu überschreiten und für die Volksrepublik China, Indien und für Entwicklungsländer sind gar keine Beschränkungen vorgesehen. Das Protokoll trat am 16. Februar 2005 in Kraft, nachdem 55 Staaten, die in der Summe mehr als 55 Prozent der Kohlenstoffdioxid-Emissionen des Jahres 1990 verursachten, das Abkommen ratifiziert hatten. Einige Staaten, wie die USA, Australien, Kroatien und das Fürstentum Monaco, haben das Protokoll nicht ratifiziert. Mehrere OPEC-Staaten haben hingegen ihre Vorbehalte aufgegeben und ratifiziert. Ob die Ziele erreicht werden können, ist fraglich, da viele der beigetretenen Staaten ihren Kohlendioxid-Ausstoß seit 1990 erhöht haben.

Vertragskonferenz zum Montrealer Protokoll in Montreal .

199
8 Die vierte Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Buenos Aires beschließt, ein detailliertes Regelwerk zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls zu entwickeln.

"Jahrhundert-Überschwemmungen" in China und Bangladesch, Hurricane Mitch: Insgesamt 54 Länder sind in diesem Jahr von Überschwemmungen betroffen, 45 Länder von Dürren. 1998 herrschte die höchste durchschnittliche Jahrestemperatur, die jemals gemessen wurde. Insgesamt häufen sich im Lauf der 1990er Jahre die Umweltkatastrophen.

199
9 Vertragskonferenz zum Montrealer Protokoll in Peking .

Die fünfte Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Bonn konkretisiert das Regelwerk zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls.

200 Auf der sechsten Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Den Haag kann keine Einigung über die Ausführungsbestimmungen zum Kyoto-Protokoll

0 erzielt werden.

200 Eine **Zusatzkonferenz** der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention in **Bonn**
1 wird erforderlich, nachdem die USA ausgestiegen sind.

Die **siebte Vertragsstaatenkonferenz** der Klimarahmenkonvention in **Marrakesch** verabschiedet ein umfassendes Übereinkommen zur Umsetzung der bisherigen Beschlüsse.

Für die Reduktionsziele der einzelnen Länder sollen Maßnahmen angerechnet werden können, die Kohlendioxid binden (Senken), beispielsweise in Wald- und Landwirtschaft. Ebenso können Aufforstungsprojekte in Entwicklungsländern angerechnet werden.

200 Auf der **achten Vertragsstaatenkonferenz** in **Neu-Delhi** brechen Interessenkonflikte
2 der Länder untereinander auf.

Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg ("Rio+10", [Internet](#))
Zahlreiche Beschlüsse werden gefasst, beispielsweise zu den Themen Trinkwasser, Entwicklungshilfe und Kyoto-Protokoll. Es werden allerdings keine Zeitvorgaben gemacht und die Beschlüsse besitzen keine rechtliche Verbindlichkeit.

Deutsche Umweltpolitik (Auszüge, nach BMU)

5. März 1987

Die Novelle des Wasch- und Reinigungsmittelgesetzes regelt den biologischen Abbau von Tensiden neu und gibt die Kennzeichnung und Meldung von Angaben zur Umweltverträglichkeit vor. Diese tragen dazu bei, dass die Industrie bei Haushaltswaschmitteln komplett auf phosphatfreie und biologisch abbaubare Waschmittel umstellt. Schaumberge auf Flüssen und übermäßiges Algenwachstum durch Überdüngung mit Waschmittel-Phosphaten gehören seitdem der Vergangenheit an.

20. März 1987

Die von den Vereinten Nationen einberufene Brundtland-Kommission für Umwelt und Entwicklung legt ihren Abschlussbericht vor. Darin wird erstmals das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung formuliert. Danach ist Entwicklung so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.

7. Mai 1987

Prof. Dr. Klaus Töpfer (CDU) wird zum Bundesumweltminister ernannt. Sein Vorgänger Walter Wallmann (CDU) übernimmt das Amt des hessischen Ministerpräsidenten.

Juli 1987

Einheitliche europäische Akte: Ein eigenständiges Kapitel zum Umweltschutz wird in den Vertrag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) eingefügt. Die Vertragsgrundlagen für den Umweltschutz werden durch den Maastricht-Vertrag 1992 verbessert.

16. September 1987

In Montreal unterzeichnen 24 Staaten und die EWG ein Protokoll über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen. Darin verpflichten sich die Vertragsstaaten, ihre Produktion von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) bis Ende 1999 schrittweise auf die Hälfte zu verringern. Seither wurde das Protokoll mehrfach verschärft. Bis heute sind ihm 195 Staaten beigetreten.

27. Oktober 1987

Die Altölverordnung legt die Bedingungen für die Aufarbeitung fest und regelt die Überwachung und die Anforderungen an die Abgabe für gebrauchte Motoren- und Getriebeöle. Zum ersten Mal wird für eine Produktgruppe festgelegt, dass Hersteller die Verantwortung für ihr Erzeugnis auch dann noch tragen, wenn dieses zu Abfall geworden ist

März 1989

Mit dem Basler Übereinkommen werden weltweit ein umweltgerechtes Management und die Kontrolle grenzüberschreitender Transporte von gefährlichen Abfällen angestrebt. Es wurde im März 1989 in Basel angenommen und trat im Mai 1992 in Kraft.

1. Oktober 1989

Die 7. Vertragsstaatenkonferenz des Washingtoner Artenschutzübereinkommens beschließt in Lausanne ein Handelsverbot für Elfenbein. Deutschland hatte bereits zuvor einen Importstopp erlassen.

18. Juli 1989

In Kondensatoren enthaltene Polychlorierte Biphenylen (PCB) dürfen nicht mehr hergestellt oder verwendet werden. Sie waren eine der Hauptquellen für hochgiftige Dioxine, die in die Umwelt gelangten.

1. November 1989

Gründung des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter als selbstständige wissenschaftlich-technische Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums. Aufgabe des neuen Bundesamtes ist es, Vollzugsaufgaben zu konzentrieren. Darüber hinaus soll das Amt die Bundesaufsicht bei Strahlenschutz, nuklearer Entsorgung und Reaktorsicherheit verstärken.

12. Dezember 1989

Die Herstellung und Verwendung von Pentachlorphenol (PCP) wird verboten. Das Antipilzmittel, das in Holzschutzmitteln vorkommt oder zum Schutz von Leder- und Textilwaren eingesetzt wird, war eine weitere Quelle für hochgiftige Dioxine, die die Umwelt belasteten.

31. Dezember 1989

Die Verklappung von Dünnsäure aus der Titandioxid-Produktion wird durch eine EG-Richtlinie verboten. Die Richtlinie fordert die Einsetzung des Chloridverfahrens als weniger umweltschädliche Technologie für die Titandioxid-Produktion. Bereits im Laufe des Jahres erreicht der Bundesumweltminister, dass die Dünnsäure aus deutschen Produktionsanlagen vollständig aufgearbeitet und die Verklappung im Meer vorzeitig eingestellt wird.

Juni 1990

Die Bundesregierung will die CO₂-Emissionen Deutschlands von 1990 bis 2005 um 25 Prozent reduzieren. Erreicht werden soll dieses Ziel durch effizientere Energienutzung, Energieeinsparung und den Ersatz kohlenstoffreicher durch kohlenstoffärmere und kohlenstofffreie Energiequellen.

24. Juni 1990

Das erste deutsche Gentechnikgesetz tritt in Kraft. Es soll unter Berücksichtigung ethischer Werte, des Lebens und der Gesundheit von Menschen die Umwelt sowie Tiere, Pflanzen und Sachgüter vor schädlichen Auswirkungen gentechnischer Verfahren und Produkte schützen. Das Gesetz soll darüber hinaus Vorsorge gegen das Entstehen solcher Gefahren treffen.

August 1990

Nach dem neuen Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) müssen umweltrelevante Vorhaben frühzeitig und umfassend auf ihre Verträglichkeit hin untersucht werden. Dazu gehören Kraftwerke, größere Chemieanlagen, Abfallentsorgungsanlagen, Flugplätze, Bundesbahnstrecken, Autobahnen und Bundesstraßen sowie Anlagen der Massentierhaltung.

September 1990

Durch das Nationalparkprogramm der DDR werden zwischen Ostseeküste und Thüringer Wald fünf Nationalparke, sechs Biosphärenreservate und drei Naturparke ausgewiesen.

3. Oktober 1990

Mit Inkrafttreten des Vertrags zur deutschen Einheit gelten das bundesdeutsche Umweltrecht und das Umweltrecht der europäischen Gemeinschaften grundsätzlich in ganz Deutschland. Durch Anpassungsvorschriften wird der besonderen Situation in den neuen Ländern Rechnung getragen.

23. November 1990

Die Verordnung zur Begrenzung der Emissionen aus Abfallverbrennungsanlagen legt weltweit erstmals strenge Emissionsgrenzwerte für Dioxine und Furane fest. Obwohl neue Techniken zur Emissionsminderung entwickelt werden müssen, sind innerhalb von fünf Jahren alle deutschen

Müllverbrennungsanlagen entsprechend ausgerüstet. Der Ausstoß an Dioxinen und Furanen konnte um 99 Prozent verringert werden.

9. April 1992

Das Helsinki-Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets von 1974 wird neu gefasst. Die Ostsee soll ökologisch wiederhergestellt werden – unter anderem mit regelmäßigen Zustandsberichten, die auch überprüfen, ob die vorgegebenen Zielsetzungen erreicht wurden.

9. April 1992

Deutschland unterzeichnet das Abkommen ASCOBANS zur Erhaltung der Kleinwale in Nord- und Ostsee. Die etwa eineinhalb Meter langen Schweinswale sind unter anderem durch Stellnetze gefährdet.

3. bis 14. Juni 1992

Auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro wird ein Aktionsplan für das 21. Jahrhundert verabschiedet: die Agenda 21. Sie definiert Handlungsfelder und Maßnahmen, um die Bewältigung der großen Herausforderungen von Umweltschutz und Entwicklung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung weltweit voranzutreiben. Ziel ist es, die natürlichen Lebensgrundlagen für eine wachsende Erdbevölkerung dauerhaft zu sichern. Weitere Ergebnisse der Konferenz waren:

- ♣ die Rio-Deklaration, die Grundsätze für das Verhalten der Staaten untereinander und von Staaten zu ihren Bürgern im Bereich Umwelt und Entwicklung enthält,
- ♣ die Walderklärung mit Grundsätzen zur Waldbewirtschaftung und Walderhaltung,
- ♣ die Zeichnung der Klimarahmenkonvention und der Konvention über die biologische Vielfalt,
- ♣ die Gründung der Kommission der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (CSD – Commission on Sustainable Development).

Juli 1992

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in München wird ein Abkommen zum Sicherheitszustand von Atomkraftwerken sowjetischer Bauart in Mittel- und Osteuropa verabschiedet. Ziele des vom Bundesumweltministerium vorbereiteten Abkommens sind eine sicherere Betriebsführung und bessere staatliche Kontrolle. Alle Anlagen, die technisch verbessert werden können, sollen längerfristig nachgerüstet werden. Bei Anlagen mit höchstem Sicherheitsrisiko soll dies kurzfristig erfolgen.

Juli 1992

Klärschlamm wird als Dünger in der Landwirtschaft und im Gartenbau eingesetzt. Die neue Klärschlammverordnung beschränkt nun den Gehalt an organischen Schadstoffen und

Schwermetallen, der bei dieser Düngung in den Boden eingebracht werden darf.

22. September 1992

Das "OSPAR-Übereinkommen" zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks ersetzt die Übereinkommen von Oslo (1972) und Paris (1974). Es verpflichtet die Vertragsparteien unter anderem, alle nur möglichen Schritte zu unternehmen, um Verschmutzungen zu vermeiden oder sie zu beseitigen.

Die Grünen

Insbesondere war es natürlich die Partei der Grünen, die das Thema ständig fokussierten, obwohl zunächst nichts dafür sprach.

Denn es war für die Grünen 1979 – in der Zeit ihrer Gründung - äußerst schwierig, mit dem Thema Umweltschutz überhaupt noch punkten zu können, den die Regierungen hatten sich ja schon um die Fragen gekümmert. Es gelang daher nur durch die Emotionalisierung und Ideologisierung der AKW- und Atomwaffenfragen und später durch ein weiteres Strahlenproblem im Zusammenhang mit der Erderwärmung – geheimnisvolle Strahlen, die man wegen ihrer Unsichtbarkeit fürchten muß. Dazu trug mit bei die allgemeine German Ängst vor Strahlen aller Art und vor den Gefahren eines Atomkrieges, wobei allerdings nicht übersehen werden sollte, dass die Zeit des Kalten Krieges für Westeuropa eine der friedlichsten war. Auch AKWs schienen unheimlich, obwohl damals – 1980 – noch kein größerer Vorfall zu berichten war (bis auf die USA – Three Miles Islands - , wo man diesen Vorfall allerdings managte.) Die Strategie der Grünen seit 1980 bestand nun darin, diese angebliche Gefahr zu isolieren, die Vorteile zu unterschlagen, die Interessen der Betreiber und CO₂-emittierenden Unternehmer als bloß gewinnorientiert zu diskreditieren, die Strahlenwirkungen durch immer neue

Pressekampagnen zu übertreiben, auch mit Zahlen zu täuschen, auch tatsächliche Fragen aufzuzeigen, aber insgesamt ein Bild verantwortungsloser Regierungen und Betreiber an die Wand zu malen, zumal der Gegenbeweis der Nichtgefahr stets schwierig ist, denn wer kann schon langfristige Wirkungen ausschließen, die sich vielleicht erst in drei Generationen zeigen usw. Aber dann müßte man auch das Auto verbieten. Nichtsdestotrotz kam das Thema beim linken und liberalen Mittelschichtenpublikum gut an, das keine ökonomischen Probleme mehr hatte und nun nach neuen Feldern des Engagements und der Freizeitgestaltung suchten. Nicht zufällig sind die deutschen Gewerkschaften bis heute den Grünen gegenüber skeptisch eingestellt. Der grüne Verdi-Vorsitzende Bsirske sprach sich sogar 2005 für den Erhalt der AKWs aus.

Die SPD und die CDU reagierten angesichts des Zulaufs zu den Grünen schnell auf die Dauerthematization der Umwelt in den Medien und errichteten 1987 - so die Regierung Kohl - insbesondere nach dem AKW-Vorfall in Tschernobyl in Rußland (!) ein eigenes Bundesumweltministerium, das nun unter seinem Minister Töpfer den Umweltgedanken gesellschaftlich entgrenzte: der Umweltschutz zog mit dem Rohstoffrecycling in den Alltag der Deutschen ein: Mülltrennung, angemahnte Selbstdisziplinierung beim Verbrauch von Energie, ein fast totalitärer Meinungsdruck, in dem man sich gar nicht mehr dagegen auszusprechen wagte.

Hinzu kam nun in den 1990ern die Angst vor einer angeblichen Klimaerwärmung infolge des CO₂-Ausstoßes von PKWs und Industrie, wodurch die Meeresspiegel ansteigen und Naturkatastrophen zunehmen würden. Das wurde nun von den Grünen zur bevorstehenden Weltuntergangskatastrophe hochstilisiert, was jegliche Art von Umweltschutz auch rigoroser Art rechtfertigte.

Einmal abgesehen davon, dass im letzten Jahrzehnt bis heute (2012) keine Klimaerwärmung festzustellen ist, und das bis 1975 die die Klimaforscher noch eine nahende, neue Eiszeit prophezeiten, sind hier einige Fragen - nur Fragen - zu stellen:

- Sind Klimaschwankungen nicht eher ein zyklischer Prozeß, mal hoch - mal niedrig, im Mittelalter war Grönland noch grün und in Bremen gedeihete Wein.

– Die als Beweis angeführte weitere Verwüstung durch die Sahara ist ein Prozeß seit 7000 Jahren.

– Kann man überhaupt Prozesse über 50 Jahre vorhersagen, wie es der einflußreiche UN-Klimarat wagt. Die klimatologischen Computermodelle sind mit Tausenden von Variablen sind so komplex, so dass die Annahme (!) einer falschen Korrelation oft nicht absehbare Folgen hat. Das sieht man ja alljährlich an den analogen, ökonometrischen Modellen der Wirtschaftswissenschaftler, die das Wirtschaftswachstum des nächsten Jahres nur selten vorhersagen könne.

Letztlich sind es Glaubensüberzeugungen, die hier von den Ökologen vorgebracht werden, Bekenntnisse einer nachtheologischen Zeit, in der man nicht mehr an Gott glaubt, daher in tiefe Angst verfällt (wer kann uns dann noch retten?), und so in einen panischen, rein menschlichen Aktivismus verfällt, um die Katastrophe abzuwenden, so wie man früher betete und wallfahrte, um dem Höllengericht zu entgehen. Die Deutschen sind immer noch Christen, die es aber nicht sein wollen und nicht wissen.

Die grünen Medien

Zunächst einmal einige Worte zur Bedeutung von Medien überhaupt:

Wie nehmen wir die Medien wahr? Stimmt es wirklich, dass sie mehr oder weniger ganz unser Leben bestimmen? Oder uns den Sinn geben, warum wir leben? Wie Soziologen und Medienwissenschaftler behaupten?

Fangen wir mit uns selbst an: Morgens beim Duschen höre ich WDR 5, politische Kommentare, man ärgert sich jedes Mal. Daß ich über das Geschehen in Nahost nur vermittels der Zeitung usw. erfahre – und hier so evt. ein Einfluß festzustellen wäre, ist eine Banalität, die aber nichts über Einflüsse auszusagen vermag: denn ob ich nun die arabischen Proteste gegen die dänischen Karikaturen über Mohammed im Februar 2006 als gerechtfertigt empfinde, hängt davon ab, wie ich zur Religion überhaupt stehe.

Warum dann Medien?

Wahrscheinlich sind Medien entweder zur Unterhaltung und lebenspraktischen Hilfe da (so RTL, Sat1, Vox) oder – so der WDR, aber auch begrenzt Die Welt – als gruppeninternes Informationsmittel bestimmter „Ingroups“, politisch-medialer Seilschaften: so z.B. von Wissenschaftlern, Journalisten und einem Teil der Politik. These hier ist, dass z.B. WDR5-Radio für die grün-linke Klientel da ist, die auch dort beruflich unterkommt und dafür an den grün-liberalen, deutschen Unis ausgebildet wird.

Der WDR kommt in sehr unterschiedlicher Gestalt daher: als Eins Live für Jugendliche mit fetziger Musik und wenigen Nachrichten; in WDR 2 als Hintergrund für den ganzen Tag: Musik- und Magazin-Sendungen, mit einer Reihe von

Korrespondentenberichten, die naturgemäß in ihrer Gesamtheit ein politisch breites Spektrum abdecken und insgesamt den Eindruck politischer Neutralität erwecken.

(WDR 2 hört man oft in nordrheinwestfälischen Geschäften und Supermärkten.)

WDR 3 ist der Sender der ernsten Musik, mit wenigen politischen Features zwischendurch. Für den unbefangenen Hörer ist es oft erstaunlich, dass hier oft in einem Musikblock klassische Musik in der Art Mozarts gemischt wird mit moderner ernster Musik wie Schönberg, bei dem man ja viel nachdenken muß, warum in Komponist so etwas zustande bringt. Auf jeden Fall dient das nicht dem spontanen und unreflektierten Genuß, der Sender will uns aufklären. (Aber warum muß man alles reflektieren und dann kritisieren? Es kann ja auch vieles einfach schön sein.)

Mit WDR 3 sind wir schon bei einem zentralen Problem des in NRW umstrittenen Senders WDR 5, der sich explizit einen aufklärerisch-idealistischen Kulturauftrag zuschreibt, wie er die entsprechenden Vorgaben des Gesetzes über den öffentlich-rechtlichen Rundfunks interpretiert.

Aber ehe wir dazu kommen, noch ein kurzes Wort zu WDR 4, der vor allem populäre Musik sendet: von der Volksmusik bis zu Schlagern für die Älteren („Deutsche Oldies“). Insgesamt ein Sender für die Senioren, dementsprechend auch die wenigen Features (z.B. nur zur Patientenverfügung).

Wie bereits gesagt: Der WDR 5 ist der Stein des Anstoßes in NRW, vor allem kritisiert von der CDU als „Rotfunk“, obwohl der Sender nur rd. 300.000 Hörer täglich hat: ein Minderheitensender. Insbesondere die langjährige CDU und FDP-Opposition (bis 2005) klagt über den Sender und will z.B. im Landtag zu Düsseldorf eine regelmäßige Berichterstattungspflicht des Senders über seine Tätigkeiten durchsetzen – bisher vergeblich – um die Journalisten durch öffentliche Kontrolle zur inneren Selbstdisziplin und einer ausgewogeneren Berichterstattung,

Themensetzung und Kommentierung zu bringen. Daß sich der Sender angeblich so entwickeln konnte, habe aus dieser Sicht mehrere Gründe:

a. NRW war und ist immer auch ein links-liberales und heute multikulturelles Land, auch die CDU ist wegen des hier einflußreichen Arbeitnehmerflügels eher nach links offen; das auch wegen der lange Zeit starken Industrialisierung, auch heute noch, wenn man an die Chemie und die Automobilindustrie denkt.

b. NRW ist geistig in Teilen nach Frankreich und den Niederlanden hin orientiert und von deren liberalen Geist beeinflusst, mehr als das östliche Deutschland mit den Bezügen zum (tendenziell autoritären) Russland.

c. Das NRW-Rundfunkgesetz ermöglicht einen starken Einfluß der Parteien des Landtages in den Gremien des WDR, der als Körperschaft des öffentlichen Rechts sogar der Rechtsaufsicht des Staates unterliegt. Und die SPD führte bis zum Jahr 2005 38 Jahre lang die Regierung – und nun wieder.

d. Der Kulturauftrag des WDR, mit dem die Gebührenfinanzierung durch die Hörer und Sendungen trotz minimaler Hörerzahl begründet werden, werden gerade vom WDR 5 im Sinne einer stets kritischen Aufklärung definiert. Daß es auch andere Positionen außerhalb dieses Emanzipationsdiskurses gibt, wird nicht gesehen.

Der Sender hat ein spezifisches Profil, das ist unbestritten und will auch vom WDR selbst nicht in Frage gestellt werden. Man nennt es Programmauftrag. Aber nun zu meinen – wie von der Kritik oft unterstellt wird -, dieses Profil sei auf dem linksrechts- Spektrum abzubilden, so wird das durch quantitative Auswertungen nicht bestätigt: Nimmt solche regelmäßigen Sendungen wie „Neugier genügt“

(wochentags 10.05 – 12.00) oder LebensArt (wochentags 15.05 – 16.00) oder andere, so kann generell für den Zeitraum Mai 2000 – Dezember 2005 festgestellt werden, dass rd. 70% der Themen lebensalltäglich-praktisch sind: Steuererklärung, Krankheiten, Kinder, Schule usw. Die restlichen 30% sind fast pedantisch und paritätisch fifty-fifty auf links und rechts aufzuteilen – und nochmals als Teil dieser 30% ein kleinerer Block „Aufarbeitung des 3. Reiches“.

Auch sind z.B. – betrachtet man die Nachrichtengestaltung im einzelnen -die Meldungen über den konservativen Kardinal Meisner zurückhaltend und neutral und in den Kommentare vorsichtig. Aber in den 5-Minuten-Nachrichten zur vollen Stunde kommen die Kirchen nicht mehr vor. Sie haben ihre Ecken im WDR 5, die sie gemäß der gesetzlichen Bestimmungen selbst bestimmen und verwalten können:

die morgendlichen 5-Minuten-Andachten und Sonntag morgens die Direktübertragungen von Gottesdiensten für eine Stunde.

Aber was macht den Eindruck eines linksliberalen-grünen bis linken Diskurses in diesem Sender aus, den viele teilen?

Es ist eher ein dominantes liberales, rechts- und linksliberales, alle Landtagsparteienumfassendes, grünes Lebensgefühl, das in den Sendungen zum Ausdruck kommt, und zwar – das sei als These hier behauptet – das Lebensgefühl der Universitäten (von denen die meisten Journalisten kommen) und der z.T. durchaus multikulturellen und liberalen Groß- und Weltstadt Köln und anderer Städte der Rhein- und Ruhrschiene bis hin zur Universitätsstadt Münster, wo ja selbst der Katholizismus halb weltlich ist (deshalb wird ja Kardinal Meisner auch von vielen katholischen Kölnern abgelehnt).

Diesem liberal-grünen Lebensgefühl – weder links noch rechts - entspricht die

Thematisierung und Enttabuisierung aller Themen im WDR – nicht dominant, aber das Spektrum ist zumindest im linksliberalen Raum sehr weit – und solche enttabuisierende Sendungen fallen auf, bleiben im Gedächtnis haften, auch wenn sie sehr selten vorkommen. Wenn man das Stichwort „Sex“ in das Web-Archiv des WDR5 eingibt, so ist die dann aufgezeigte Liste allerdings sehr lang (weitaus länger als bei sat 1 oder rtl), aber ähnlich lang wie im Bayerischen oder Südwestfunk, in denen allerdings überdurchschnittlich häufig über Sex im Kino berichtet wird. Der WDR behandelt (auch homosexuellen) Sex als zu reflektierendes Problem oder eher Nichtproblem der Lebensführung, und hier will man als Sender durch „Aufklärung“ helfen. Und natürlich ständig Umwelkrise.

Dieses Lebensgefühl entspricht aber nicht dem religiös geprägten Lebensgefühl in einigen Landstrichen Nordrhein-Westfalens: wie des ländlich-katholischen Münsterlandes, des evangelischen Ostwestfalen-Lippe, des katholischen Sauerlandes und des Niederrheins, des provinziellen Bonner Raumes und des freikirchlich-frommen Bergischen und Siegerlandes. Nicht dass hier alle frömmeln würden, aber wer durch Siegen geht, sieht die zahlreichen, freikirchlichen Gemeinden, die sich in ihren religiösen Sinnfragen im WDR kaum repräsentiert sehen. Solche Minderheiten müssten aber auch vertreten sein, auch wenn das religiöse Gefühl nicht grün-liberal ist, im Sinne eines „alles ist erlaubt“, nimmt man es ernst. Die Frage ist nur: Können diesen ihren Vermittlungsauftrag unsere Journalisten aus den Universitäten überhaupt korrekt wahrnehmen? Und sind unterschiedliche Lebensgefühle wie das religiöse und das liberale nicht beide für sich so allumfassend und totalitär, dass das andere gar nicht verstanden wird? Ist hier eine Mixtur möglich? (Denn auch der Liberalismus kann durchaus totalitär sein, indem man nichts mehr ernst nehmen darf: Alles ist Spiel und in den weiten Mantel der Toleranz aufzunehmen.) Auch Umweltskeptiker kommen nicht vor.

Fragen wir zur Beantwortung dieser Fragen zunächst:

Wir kommt dieses IgrüneLebensgefühl zustande?

Wenn man WDR-Journalisten fragt, so verstehen sie eine diesbezügliche Frage gar nicht und halten ihren Sender für ausgewogen und neutral (was er ja auch wie gesagt ist). D.h. sie kennen andere Lebensgefühle gar nicht mehr, zumal man solche Lebensgefühle nur in einer langen Erziehung erwirbt: Es ist kein Wissen, sondern eine Haltung, die man hat – oder nicht hat.

Denn es ist der liberale Diskurs, der an den Unis bestimmend ist, wo die Journalisten ausgebildet werden. Die Institute für Publizistik (oder wie sie immer heißen mögen) vertreten die Auffassung, dass eine wichtige Aufgabe der Medien die Kritik ist, die Aufklärung, die Kontrolle, letztlich eine allgemeine Enttabuisierung. Das Selbstverständnis der WDR-Moderatoren, z.B. in der politischen Morgensendung 6.05 – 9.00, ist nicht links oder rechts, sondern man sucht fast jeden Interviewpartner

kritisch zu durchlöchern. Dem entspricht das verfassungswidrige Wort von den Medien als der „Vierten Gewalt“ im Staate, deshalb verfassungswidrig, da nur das von allen gewählte Parlament für uns verpflichtende Entscheidungen treffen darf, auch die Kritik sollte primär der parlamentarischen Opposition vorbehalten bleiben, die auch einzig legitimiert ist. Denn wer oder was legitimiert die Medien in ihrer Kritik? Am ehesten noch die Verleger oder privatwirtschaftlichen Senderbetreiber, die darauf achten, dass ihre Produkte von vielen gekauft werden – quasi eine demokratische Entscheidung über den Markt. Aber was legitimiert die Minderheit der Journalisten? Muß man auch alles kritisieren? Gibt es nicht auch etwas, zu sagen: dass war gut gemacht? Zerstört die Dauerkritik nicht das Vertrauen in unsere Politik und verursacht sie nicht Politikverdrossenheit? Muß man nicht oft auch einfach vertrauen, zumindest über eine Zeit hinweg? Vertrauen ist aber nur möglich, wenn man ein Mindestmaß an Glauben hat – eine Bindung, die einen auch über Phasen des Zweifels hinweghilft. Und weiter gefragt: Ist nur noch die durch Reflektion verstehbare (wenn überhaupt verstehbare) moderne Kunst überhaupt Kunst, ist nicht auch das Kunst, was unterhält, vergnügt,

Harmonie und Wohlgefühl schafft? Im WDR 5 werden Simmel-Romane in 5 Jahren nicht ein Mal literarisch in der Kultursendung scala (wochentags 12.05 – 13.00, wiederholt:

21.05 – 22.00) erwähnt, nur einmal beiläufig in einer Kochsendung. Das entspricht den Präferenzen an den germanistischen Lehrstühlen, die nur Bernhard und Jellinek für gegenwärtig bedeutsam Kunst halten. Im mentalen Gegenlager, Der WELT, wird Simmel immerhin 20 Mal im gleichen Zeitraum thematisiert, z.T. durchaus positiv. Warum auch nicht? Simmel unterhält, informiert politisch und ist sprachlich verständlich und gelungen.

Wie gesagt, der WDR 5 versteht sich als kritisch-liberal-grüner Sender, mit dementsprechender Themenwahl: Vergangenheitsbewältigung, die moderne Frau (Reihe „Starke Frauen“), moderne Literatur und Kunst, Umwelt, Umwelt, Umwelt und immer wieder Frieden.

Auffallend ist vor allem das Fehlen bestimmter Typen von Wortbeiträgen, die in anderen Sendern üblich sind: z.B. religionsphilosophische Essays, wie montags von 21 bis 22 Uhr im Südwestfunk (SWR 3) Der Deutschlandfunk, Köln (DLF), ist vergleichsweise weniger „kritisch“ in dem hier verstandenen Sinne, weil er umfassend politisch und wirtschaftlich informieren will – ohne Gags und ohne Highlights. Das liegt wohl daran, dass die Aufsichtsgremien dieses Bundessenders pluraler zusammengesetzt sind, allein bedingt durch die häufigeren Regierungswechsel in Bonn/Berlin als auf Länderebene, zumal in Düsseldorf. Hier schlägt sich auch die frühere Aufgabe des DLF wieder, nämlich in die DDR im Sinne des freien Westens hineinzusenden.

Der WDR 5 zentriert sich demgegenüber eher um Gags und Highlights: Das Besondere, nicht das Normale und der Alltag zählen – nicht als dauerndes Thema

der Berichterstattung, aber eben als seltene „Höhepunkte“, die um so mehr auffallen:

So wird darüber gesprochen, wie sich die schwulesbische Szene entwickelt; oder wie Antiaging-Programme zu beurteilen sind.

Wie gesagt, es geht hier nicht um links oder rechts, sondern um das „moderne“ Lebensgefühl. Das Tischgespräch mit „besonderen“ Persönlichkeiten (Typ: weibliche Mienenentschärferin mit ausländischem Hintergrund und muslimischem Glaubens) mittwochs 20.05 – 21.00 ist hier typisch, auch wenn ich pointiert zuspitze. (Aber die weibliche Mienenentschärferin erzählte wirklich aus ihrem Leben – warum auch nicht.) Es werden aber auch bestimmte Bezugsquellen wie die Ergebnisse der Bertelsmann Stiftung oder Vertreter der Regierung Sharon, mit denen nur 3 Interviews geführt wurden, systematisch und bewußt ausgeschaltet (was Manipulation ist), während diese Bezugsquellen in Der WELT stark genutzt werden. Kein Beitrag des WDR lehnt die Abtreibung ab.

Mentale grüne Seilschaften und das Scheitern von Politik

Die Argumentation scheint in einen Widerspruch geraten zu sein: Einerseits beschreiben wir lang und breit einige Medien, wissen aber andererseits, dass sie nur von wenigen genutzt werden. Die WELT wird von rd. 600.000 Lesern genutzt, 5,9% davon sog. Entscheider, d.h. Selbständige, Freie Berufe, Leitende Angestellte usw., so die Reichweiten- Analyse der Axel-Springer-AG für diese ihre Zeitung. (vgl. www.mediapilot.de/cda/main) Der WDR 5 – regional begrenzt – hat rd. 300.000 Hörer täglich. Nähere Medienanalysen des WDR liegen öffentlich nicht vor, es ist aber zu vermuten, dass der Sender von den „höher“ Ausgebildeten vorrangig genutzt wird, d.h. auch von (potentiellen) Entscheidern.

Die Journalisten – selbst eine Minderheit – sprechen also Minderheiten an, beim WDR 5 als „Kultur“-Programm sogar explizit: man will gerade nicht für die breite

Masse arbeiten, für die eins live und WDR 4 eingerichtet wurde und weiter ungestört in ihrem Sportverein, in ihrem Alltag, in ihrem Schrebergarten oder in ihrer

Kirchengemeinde leben. Dieser „Durchschnitt“ nutzt Medien, um sich zu unterhalten und um das zu erfahren, was zur lebenspraktischen Bewältigung des Alltags vonnöten ist. Das zeigt eine Programmanalyse von Radio und Fernsehen. Selbst der WDR 5 ist ja – wie erwähnt – auf dieses Lebenspraktische hin orientiert.

Auch das könnte noch belanglos sein, in dem Sinne: lass die Journalisten (und Wissenschaftler) doch tun, was sie nicht sein lassen können (auch wenn es beim WDR die GEZ-Gebühren aller kostet.)

Das Ganze wird allerdings zum Problem dadurch, dass sich unter anderem um den WDR und um Die WELT – die beiden hier exemplarisch - das bildet, was ich oben bereits einmal als „mentale Seilschaften“ bezeichnet habe, die Politik beeinflussen (können) und die – das sei hier die weitere und letzte Große Behauptung – mit zum fast notorischen Scheitern von Politik beitragen. Was meinen wir damit? Damit meinen wir, dass die intellektuellen und politischen Einfluß- und Entscheidungs“träger“ sich (je nach ihrer parteipolitischen Grundeinstellung) demgemäß bestimmten intellektuellen Gruppierungen zuordnen (Medien, Wissenschaften), über die sie ihre Argumente beziehen und mit denen sie ihr Tun und Handeln begründen und die sie als Entscheider mit Informationen oder Jobs versorgen und überhaupt mit ihnen in Austausch stehen. Und da schlägt sich nun nieder, was die meisten Journalisten an den Universitäten aufnehmen, seien sie nun an rechts- oder linksliberalen Zeitungen und Sendern beschäftigt. Grün sind alle ohnehin heutzutage.

Und diese dominante Wissenschaft ist heutzutage gekennzeichnet durch das Bestreben, angebliche Gesetzmäßigkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft zu „entdecken“. Das geschieht durch das analytisch-kritische Verfahren:

Die gegebene Wirklichkeit wird nicht so akzeptiert, wie sie sich im Alltag präsentiert, sondern zerlegt (z.B. in Produktionsfaktoren), um aus den Realitätstrümmern dann Gesetze zu konstruieren, quasi eine zweite (nur statistische) Realität, der die erste des Alltags zu gehorchen habe, denn „Gesetzen“ muß man gehorchen!? Hier tut sich ein Herrschaftsanspruch von Wissenschaft (und indirekt der Medien) auf, der kaum diskutiert wird. So schreibt uns der eine Philosoph (Habermas) – nachdem er 1968 mit zur Zertrümmerung normativer Tradition beigetragen hatte - vor, daß wir unsere Normen in ständigen Diskursen neu zu begründen hätten, und dann kommt es allüberall zu den derart begründeten „Verträgen“ zwischen Eltern und Kindern, zwischen Schülern und Lehrern, in der man „legitimieren“ muß, was gilt (und jegliche personale Autorität z.B. der Eltern erschüttert wird.) Die Gesellschaft besteht demnach aus Millionen von Einzeltänzern, mit denen man in Diskurs treten muß, um Verträge zu schließen. Daher das Bestreben, das Besondere aufzuzeigen und zu berichten: Einzeltänzer. Normales gibt es nicht mehr oder wird als Vorurteil oder Klischee abgetan (obwohl es natürlich gemeinsame Merkmale von Gruppen und sogar von Völkern gibt, zumindest die gemeinsame Sprache, was die Völker betrifft.) Das ist dominant in den heutigen Sozial- und Geisteswissenschaften, wenn man sich z.B. die Tagungen der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft anschaut.

Zusammenfassung

Dass sich in der Klimafrage derart das Meinungsspektrum in der Universitäts-Wissenschaft, der Politik der Bundestagsparteien, der großen, insbesondere öffentlich-rechtlichen Medien und unserer Schulbücher (außer dem Internet, auch zuweilen der Welt und der FAZ) einseitig zugunsten der Klimaerwärmung verengt hat, liegt an einmaligen, sozialen Konstellation seit Mitte der 80er Jahre:

- ✧ Mit dem Tschernobyl-Vorfall 1986 fand die Angst vieler Deustcher vor Atomstrahlen einen Höhepunkt, und die Bundesregierung mußte darauf reagieren, zumal die Grünen bereits 1983 in den Bundestag eingezogen waren. Traditionell neigen die Deutschen zu Weltuntergangs-Panik und Katastrophendenken.
- ✧ Folge ist, dass in den Medien die Klimaskeptiker kaum oder nur ironisiert vorkommen. Wenige in den Bundestagsparteien, die sich klimaskeptisch äußern, werden an die Wand gedrückt. In der Tagesschau, der Instanz, die in Deutschland einer Sache den offiziellen Stempel der Wahrheit verleiht, ist das Thema tabu. Ebenso im WDR z.B. Ähnliches gilt für die Universitäten. Was die Medien betrifft, kann das leicht in deren Internetarchiven mit Suchbegriffen überprüft werden. Dazu trägt bei, dass die nüchternen Skeptiker nicht kampagnenfähig sind. Hier bildet sich keine Bürgerinitiative, die Welt ist hier nicht zu retten.
- ✧ Die von Umweltkrisen profitierende, umweltpolitische und institutionelle Infrastruktur wuchs weiter im Regierungsapparat, in der Form von Verbänden und Vereinen, von Umweltindustrien, von Umweltlehrstühlen und -instituten und von umweltpolitischen Abteilungen der Betriebe und Banken, bis hin zur stets nach Legitimation suchenden UN und EU.

- ⤴ Im Interesse der Grünen lag und liegt es, das Thema zu emotionalisieren und zu ideologisieren. Nur in Deutschland gibt es eine derart starke, ökologische Bewegung. Die Linke und die Ausläufer der Studentenproteste von 1968 griffen das Thema ebenfalls auf. Medien und Wissenschaft bevorzugten ohnehin Sensationalismus, da das Aufmerksamkeit sichert. Dass alles nicht so schlimm ist, wird nicht goutiert.
- ⤴ Politik und Wissenschaft müssen sich in demokratischen Gesellschaften angesichts ihrer Kosten legitimieren. Das erfolgt durch Problemlösung, eben die Klimaerwärmung zu stoppen.
- ⤴ Mit dem Wegfall des Kalten Krieges war die Öffentlichkeit frei für neue Problemlagen, eben die Klimaerwärmung. Außerdem lieben manche zur psychischen Selbststabilisierung Feindbilder, vom Kapital bis zu den Umweltsündern, mit denen alle vermeintlichen (individuelle) Nöte erklärt werden.
- ⤴ Schließlich kamen dazu die Konsensbestrebungen aller Menschen, u.a. der Journalisten und Wissenschaftler, *einer* Meinung sein zu wollen, zumal man dann die Unterstützung der anderen findet. Gerade die Linke, die stets den Begriff der Toleranz im Munde führt, grenzt konkret die „Rechten“ = Konservativen (nicht nur die Rechtsextremen) aus, da sie nicht den Weltuntergang bekämpfen wollten. Das Thema wird also moralisiert, anders Denkende werden für unmoralisch erklärt.

Darußen vor ...

Klimawandel: Offener Brief an Kanzlerin Merkel - "Temperaturmessungen ab 1701 widerlegen anthropogen verursachte Temperaturschwankungen"

In einem offenen Brief an die Physikerin und Kanzlerin Frau Dr. Merkel fordern mehr als 410 Wissenschaftler und engagierte kompetente Bürger, die Kanzlerin möge sich nicht länger den offensichtlichen Fakten gegenüber verschließen und von der Pseudoreligion der anthropogenen Erwärmung ablassen. Dazu gehört auch, sich nicht länger von Leuten, wie dem Kanzlerinberater und PIK Chef Prof. Dr. Schellnhuber, täuschen zu lassen. Derselbe Schellnhuber, der öffentlich etwas anderes sagt, als in wissenschaftlichen Zirkeln. Öffentlich tut er seine Verzweiflung über die "Klimakatastrophe" kund: So im ZEIT-Interview : "Manchmal könnte ich schreien" (DIE ZEIT: 26.03.2009) und darin auf die Frage zur Entwicklung an der Klimafront: "Und wie ist die Lage?" Sch.: "Verdammt ungemütlich... Viele Worst-Case-Szenarien werden von der Wirklichkeit übertroffen." Doch in einem erst vor kurzem erschienenen Aufsatz zur menschengemachten Klimakatastrophe schreibt er als Mitautor " Bei den allermeisten Stationen stellten wir keine Anzeichen für eine globale Erwärmung der Atmosphäre fest. Ausnahmen sind Bergstationen in den Alpen" Schellnhubers Äußerungen sind bipolar. Je nachdem, wer Auftraggeber ist. Für Kanzlerin Dr. Merkel werden Katastrophen benötigt. Im Wissenschaftsbericht stellt er die Lage so dar wie sie ist. Von Klimakatastrophe keine Spur.

Betrifft: Klimawandel – ein offener Brief

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin,

aus der Geschichte können wir lernen, dass oft der Zeitgeist die Entwicklung der Gesellschaften bestimmt hat; mancher hatte schlimme oder gar schreckliche Auswirkungen. Die Geschichte lehrt uns auch, dass politisch Verantwortliche nicht

selten verhängnisvolle Entscheidungen getroffen haben, weil sie inkompetenten oder ideologisierten Beratern gefolgt sind, und das nicht rechtzeitig erkannten. Außerdem lehrt uns die Evolution, dass die Entwicklung zwar viele Wege beschreitet, die meisten aber in Sackgassen enden. Keine Epoche ist vor Wiederholungen gefeit.

Politiker suchen zu Beginn ihrer Laufbahn ein Thema, mit dem sie sich profilieren können. Als Umweltministerin haben Sie das verständlicherweise auch getan. Sie haben den Klimawandel entdeckt, und er wurde Ihnen zur Herzensangelegenheit. Dabei ist Ihnen ein folgenschwerer Fehler unterlaufen, was angesichts dieses Metiers gerade Ihnen als Physikerin nicht hätte passieren dürfen. Sie haben den Klimawandel als menschengemacht anerkannt und teure Strategien zur Vermeidung des sogenannten Treibhausgases CO₂ als Handlungsmaxime verinnerlicht, ohne vorher in wirklich kontroversen Diskussionen prüfen zu lassen, ob auch die früheren Temperaturmessungen und viele weitere relevante Klimafakten diese Annahme überhaupt rechtfertigen. Tatsächlich tun sie es nicht!

Bei einer umfassenden Prüfung, die wegen der Bedeutung für uns alle zwingend erforderlich gewesen wäre, hätte sich schon vor der Gründung des IPCC gezeigt, dass wir keine CO₂-kausal begründbare globale Erwärmung haben, sondern periodische Temperaturschwankungen normalen Ausmaßes. Dementsprechend hat sich die Atmosphäre seit 1998 – also seit 10 Jahren – nicht weiter erwärmt und seit 2003 wird es sogar wieder deutlich kühler. Keines der teuren Klimamodelle hat diese Abkühlung prognostiziert. Laut IPCC hätte es weiter und unvermindert wärmer werden müssen.

Aber, was wichtiger ist, anthropogenes CO₂ spielt dabei keinerlei erkennbare Rolle. Der vom CO₂ absorbierbare Strahlungsanteil ist bereits durch die gegenwärtige Konzentration nahezu ausgeschöpft. Selbst wenn CO₂ eine Wirkung hätte und alle fossilen Brennstoffvorräte verbrannt würden, bliebe die zusätzliche Erwärmung langfristig auf den Bereich von Zehntelgraden beschränkt.

Das IPCC hätte diesen Sachverhalt auch feststellen müssen, hat jedoch bei seiner Arbeit 160 Jahre Temperaturmessungen und 150 Jahre CO₂-Bestimmungen außer Acht gelassen und damit jeden Anspruch auf Wissenschaftlichkeit verloren. Die

wesentlichen Aussagen zu diesem Thema sind als Kernaussagen beigefügt.

Inzwischen wurde die Überzeugung vom Klimawandel und dessen menschlicher Urheberschaft zu einer Pseudoreligion entwickelt. Ihre Verfechter stellen nüchtern und sachbezogen analysierende Realisten, zu denen ein Großteil der internationalen Wissenschaftlerelite gehört, bedenkenlos an den Pranger. Im Internet findet man zum Glück zahlreiche Arbeiten, die detailliert nachweisen, dass es keinen durch anthropogenes CO₂ verursachten Klimawandel gibt. Gäbe es das Internet nicht, könnten sich die Klimarealisten kaum Gehör verschaffen, denn ihre kritischen Beiträge werden nur noch selten veröffentlicht.

Die deutschen Medien nehmen in der Ablehnung solcher Beiträge einen traurigen Spitzenplatz ein. Beispiel: Im März dieses Jahres fand in New York die 2. Internationale Klimakonferenz der Klimarealisten statt. An dieser wichtigen Konferenz nahmen ca. 800 führende Wissenschaftler teil, darunter viele der weltbesten Klimatologen bzw. Fachleute verwandter Disziplinen. Während die US-Medien und hier nur die Wiener Zeitung ausführlich darüber berichteten, haben bei uns Presse, Fernsehen und Radio geschwiegen. Es ist bitter, feststellen zu müssen, wie sich unsere Medien weiterentwickelt haben: In früheren Diktaturen wurde ihnen mitgeteilt, was nicht berichtenswert sei, heutzutage wissen sie es leider ohne Anweisungen.

Meinen Sie nicht auch, dass Wissenschaft nicht nur die Suche nach der Bestätigung einer These ist, sondern vor allem die Prüfung, ob das Gegenteil die Realitäten besser erklärt? Wir ersuchen Sie daher, Frau Dr. Merkel, Ihre Position zu diesem Komplex gründlich zu überdenken und ein vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK) unabhängiges ideologiefreies Gremium einzuberufen, in dem kontroverse Argumente offen ausgetragen werden können. Wir Unterzeichner wollen hierzu gerne unsere Hilfe anbieten.

Wir verbleiben mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr.rer.nat. Friedrich-Karl Ewert EIKE

Diplom-Geologe. Universität. - GH - Paderborn, Abt. Höxter (ret.)

Dr. Holger Thuß EIKE Präsident Europäisches Institut für Klima und Energie

<http://www.eike-klima-energie.eu/>

Wissenschaftler

Titel Vorname Nachname Tätigkeit

1 Prof. Dr. Hans-Günter Appel Hütteningenieur und Werkstoffwissenschaftler

2 Prof. Dr. hab. Dorota Appenzeller Prof .für Ökonometrie und angewandte
Mathematik VizeDekan der Universität Poznan Polen

3 Prof. Dr. Wolfgang Bachmann Leiter des Instituts für Schwingungstechnik, FH
Düsseldorf bis zum Ruhestand 2002

4 Prof. Dr. Hans Karl Barth Geschäftsführer

5 Dipl.Biologe Ernst Georg Beck

6 Dr. rer. nat Horst Bloch Dipl. Geologe, VDI

7 Dr. rer.nat. Horst Borchert Dipl.Physiker

8 Dipl. Biologe Helgo Bran

9 Prof. Dr. rer. nat. Gerhard Buse Biochemiker

10 Dr.Ing. Ivo Busko Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V.

11 Dr. Ing. Gottfried Class nukleare Sicherheit,

12 Dr.Ing Urban Cleve Kernphysiker Thermodynamiker, Energietechniker;

13 Dipl. Geographin Cornelia Codreanova

14 Dr. rer. nat. Rudolf-Adolf Dietrich Energieexperte

15 Dipl.-Ing. Peter Dietze

16 Dr. rer. nat. Siegfried Dittrich Physikochemiker

17 Dr. Theo Eichten Diplom-Physiker

- 18 Dipl.Ing. ETH Ferruccio Ferroni Zürich Präsident NIPCC-SUISSE
- 19 Dr. sc.agr. Albrecht Glatzle Agrarbiologe, Director científico INTTAS, Paraguay
- 20 Dr. rer.nat Klaus-Jürgen Goldmann Geologe
- 21 Dr. rer.nat. Josef Große- Wördemann Physikochemiker
- 22 Dr. rer.nat Bernd Hartmann Dipl. Geologe
- 23 Dr. rer. nat. Günther Hauck Dipl.-Chem.
- 24 Prof. Dr. rer.nat. Detlef Hebert ehem. Fakultät für Chemie und Physik Institut für Angewandte Physik
- 25 Dr. rer.nat. Gerhard Heilmann Dipl. Chemiker
- 26 Dipl. Geologe Heinisch Heinisch Geologe
- 27 Dr. rer.nat. Horst Herman Dipl. Chemiker
- 28 Prof. Dr. Hans-Jürgen Hinz Uni-Münster Institut für Physikalische Chemie
- 29 Dipl. Geologe Andreas Hoemann Dipl. Geologe
- 30 Dr. rer. nat. Heinz Hug Chemiker
- 31 Dr. Bernd Hüttner Theor. Physiker
- 32 Prof. Dr. Werner Kirstein Institut für Geographie Universität Leipzig
- 33 Dr. rer. nat. Elmar Klein Oberfortsrat i.R.
- 34 Dipl. Meteorologe Klaus Knüpfner METEO SERVICE weather research GmbH
- 35 Dr. rer. hort. Werner Köster Agrarwissenschaftler
- 36 Dr. rer.nat. Albert Krause Chemiker Forschung
- 37 Dr. rer. nat Norbert Kunert Dipl. Geologe
- 38 Dr. rer.nat. Peter Kuzel Diplomchemiker
- 39 Drs.oek. Hans Labohm IPCC AR4 Expert reviewer, Dipl. Kfm.
- 40 Dr. rer. nat. Holger Lass Chemiker
- 41 Dr. rer.nat Ludwig Laus Dipl. Geologe

- 42 Dr. rer.nat. Rainer Link Physiker
- 43 Dipl. Pysiker Alfred Loew
- 44 Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke Dipl. Physiker HTW Saarbrücken
- 45 Prof. Dr. Horst Malberg Meteorologisches Institut der FU
- 46 Dr. rer.nat Wolfgang Monninger Geologe
- 47 Diplom-Meteorologe Dieter Niketta
- 48 Prof. Dr. Klemens Oekentorp ehem. Leiter des Geol.-Paläont. Museums der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (a.D.)
- 49 Diplom-Meteorologe, Martin Paesler Fachbereich Klimatologie
- 50 Dr. rer.nat. Wolfgang Poppitz Chemiker
- 51 Dipl. Meteorologe Klaus-Eckart Puls Dipl. Meteorologe
- 52 Prof. Dr. Dieter Pumplün Mathematik
- 53 Prof. Dr. Klaas Rathke Hochschule OWL Abt. Höxter
- 54 Prof. Dr. Oliver Reiser UNI Regensburg
- 55 Dipl. Physiker Wolfgang Riede Dipl.-Phys. ETH, DLR Stuttgart
- 56 Prof. Dr. Münze Rudolf Radiochemiker
- 57 Dipl.-Ing. Wolfgang Sander
- 58 Diplom- Mineralogin Sabine Sauerberg Geowissenschaftlerin
- 59 Prof. Jochen Schnetger Chemiker
- 60 Prof. Dr. Sigurd Schulien Hochschullehrer i.R.
- 61 Prof. Dr. rer. nat. Jürgen Schultz Univ.-Prof. für Phys. Geographie
- 62 PD Dr.habil.Dr.rer.nat. Eckhard Schulze Dipl.Pys., Med. Physik
- 63 Dr.-Ing. Christian Singew Diplom-Geologe
- 64 Dr.rer.nat. Ed Smulders Chemiker
- 65 Dr. rer.nat. Franz Stadtbäumer Dipl.-Geologe

66 Dr. rer.nat. Gerhard Stehlik Physikochemiker

67 Dr. rer.nat.habil Lothar Suntheim Diplomchemiker

68 Dipl.-Ing. Heinz Thieme Gutachter

69 Dr.phil. Dipl. Meteorologe Wolfgang Thüne Umweltministerium Mainz

70 Dr. rer. oec., Ing. Dietmar Ufer Energiewirtschaftler, Institut für Energetik,
Leipzig

71 Dipl. Meteorologe Horst Veit

72 Prof. Dr. Detlef von Hofe ehem. Hauptgeschäftsführer DVS

73 Dipl. Geograph Heiko Wiese Dipl.-Studiengang Geographie, Meteorologie, stud.
Wetterbeobachter)

74 Dr.rer.nat. Erich Wiesner Euro Geologe

75 Dr. Ullrich Wöstmann Dipl Geologe

76 Prof. Dr. Heinz Zöttl em. Professor

77 Dr. Mathias Zucketto Dipl. Chemiker ,früher ARCOS u. ESAB Konzern

Katastrophen- und Weltuntergangskommunikation

.



www.hart-brasiliertexte.de/.../01/canabrand1.JPG

Die Menschheit ist am Ende

Von Gruhl, Herbert

Wir stehen auf dem Höhepunkt einer phantastischen Erfolgsserie. Die Menschheit hat in den letzten 100 Jahren den Erdball stärker umgewandelt als in all den Jahrtausenden zuvor. Erst seit wenigen Jahren nehmen die Menschen wahr, daß sich Unheil zusammenbraut, und einige suchen nach Auswegen.

Schon 1972 fand eine erste globale Umweltkonferenz statt. Die Teilnehmerstaaten einigten sich darauf, in Kenia ein Büro für das "Umweltprogramm der Vereinten Nationen" einzurichten. Heute muß festgestellt werden, daß die 20jährige fleißige

Tätigkeit der Uno-Umweltschützer für die ökologischen, ökonomischen und politischen Entwicklungen in der Welt bedeutungslos geblieben ist.

Obwohl es unbestritten um das Überleben des Menschen auf diesem Planeten geht, ließ sich die Uno 20 Jahre Zeit, bis sie für Juni dieses Jahres zur zweiten Umweltkonferenz nach Rio de Janeiro einlud. Doch nein, nicht zu einer Umweltkonferenz, sondern zu einer für "Umwelt und Entwicklung". Unter Entwicklung aber ist alles zu verstehen, was die Umwelt zerstört: Investitionen in die Industrie, Schaffung von Arbeitsplätzen, Bau von Verkehrswegen und -mitteln zu Lande und zu Wasser und in der Luft, kurzum wirtschaftliches Wachstum.

Die Entwicklungsländer wollen all das nachholen, worin ihnen die Industrieländer "voraus" sind - und diese sollen es ihnen bezahlen. Um das auch nur zum Teil zu können, lautet das Argument der Wohlstandsstaaten, müßten sie ihr eigenes Wirtschaftswachstum noch kräftiger steigern. Für beide Lager geht es wie eh und je um das bessere oder noch bessere Leben.

Alle Kundigen wissen jedoch, daß die Frage inzwischen nur noch lautet, ob der Mensch auf diesem Planeten überhaupt noch überleben kann, angesichts der Verwüstungen, die er schon angerichtet hat.

Sehr vieles müßte da auf die Tagesordnung einer Weltkonferenz kommen:

Die tödliche Vermehrung der Menschen. Der absehbare Zusammenbruch ihrer Ernährung und Wasserversorgung. Die Vergiftung von Wasser, Luft und Böden durch Chemikalien bis hin zum Schwinden der schützenden Ozonschicht. Die zunehmende Gefahr der radioaktiven Verseuchung aus Hunderten von Atomanlagen, die auch ohne Atomkrieg schon weite Regionen unbewohnbar gemacht haben. Der Treibhauseffekt der Kohlenoxide mit folgender Veränderung des Klimas und des Weltwasserspiegels. Das Abbrennen und Roden der Wälder in der Dritten Welt und ihr Absterben in den Industrieländern. Das Ausrotten und Aussterben der Tiere und Pflanzen, die der Mensch braucht, denen er aber die Lebensgrundlage entzieht. Die mit unheimlichen Risiken behafteten Genmanipulationen an Pflanzen, Tieren und Menschen. Die schnelle Ausplünderung der Erdvorräte an fossilen Brennstoffen und mineralischen

Rohstoffen. Die steigende Abfallbelastung aller Kontinente und Meere und sogar schon des Weltraums.

Aus diesen Hauptkomplexen und unzähligen weiteren ergeben sich durch ihr vielfältiges Zusammen- und Ineinanderwirken jetzt schon Störungen der natürlichen Kreisläufe, die nicht mehr zu heilen sind. Doch die Eingriffe und Belastungen nehmen Jahr für Jahr zu. Dabei kann schon jede einzelne dieser Beschädigungen unseres Planeten das menschliche Leben auf dieser Erde beenden.

Eine Uno-Weltkonferenz zur Behandlung all dieser Probleme ist zwangsläufig überfordert. Sinn hätte sie überhaupt nur dann, wenn sie sofort Entscheidungen treffen könnte, die umgehend verwirklicht würden. Doch weder die Uno noch ihre einzelnen Mitgliedsländer haben die Macht und die nötigen Mittel, wirksame "Weltrettungspläne" zu realisieren.

Eine solche Konferenz müßte Ziele und Verhaltensweisen der Menschen in allen Erdteilen ins Gegenteil wenden können - eine reine Utopie. Die Völker müßten danach streben, sich klug einzuschränken und weisen Verzicht zu üben; sie müßten ein asketisches Leben führen.

Beginnen müßte die Enthaltbarkeit bei der Fortpflanzung. Dazu sind 80 Prozent der Menschen gar nicht fähig, ja sie weigern sich zum Teil, darüber auch nur zu reden. Sie halten die unbegrenzte Vermehrung für ihr Recht - und das hat ihnen die Uno 1968 bestätigt: "Eltern haben das Grundrecht, frei und verantwortlich über Zahl und zeitlichen Abstand ihrer Kinder zu entscheiden." Von 1968 bis 1992 hat die Zahl der Menschen um fast zwei Milliarden zugenommen. Mehr lebten um 1930 insgesamt nicht auf dem Planeten.

Das teuflischste Problem - dem Papst sei das gesagt - ist also die Vermehrung der Menschen. Noch bei jeder Art ist die explosive Zunahme mit einem Massensterben beendet worden. Der Mensch ist aber nicht nur ein Lebewesen, er hat sich zu einem Arbeitswesen entwickelt, dessen intelligenter "Fortschritt" darin besteht, daß er Maschinenwesen für sich arbeiten läßt, deren "Produktivität" er in den letzten 50 Jahren phantastisch gesteigert hat.

Aber für ihre Leistung verschlingen diese Maschinenwesen immer größere Mengen

an Energie und Mineralien, womit sie nur so lange gefüttert werden können, wie die Vorräte reichen. Noch sind sie vorhanden. Das entscheidende Dilemma liegt darin, daß in der modernen Industrie immer weniger Menschen benötigt werden - während die Zeugungslust der Dritten Welt tagtäglich etwa 200 000 Menschen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt wirft. Das ergibt alle fünf Jahre soviel Jobsuchende mehr, wie heute die gesamte EG Einwohner hat.

Menschenmassen ohne Arbeit sind zu unberechenbaren revolutionären Aktionen bereit, und die Demagogen bedienen sich ihrer. Also werden die Völker lieber bis zur Selbstvernichtung arbeiten und produzieren. Ihre Regierungen werden sie dabei anleiten - ungeachtet dessen, daß sie damit die Beschäftigung der Menschen nur um eine Galgenfrist von wenigen Jahren verlängern, und ungeachtet dessen, daß sie die wertvollen Vorräte der Erde noch schneller in umweltzerstörenden Müll verwandeln.

Das Dilemma ist unauflösbar: Sollten sich die Menschen weit und breit zum materiellen Verzicht bekehren, dann würde sich die Beschäftigungslosigkeit sofort vervielfachen. Und jede Regierung, die solches einleitete, würde schnell hinweggefegt werden. Also wird das kein Regierender versuchen, und auch kein Volk wird zu freiwilligen materiellen Einschränkungen bereit sein.

Haben Gewerkschaftler jemals für die Erhaltung der Natur gestreikt, um ihren Kindern und Enkeln noch eine Lebenschance zu bewahren? Nein - sie streiken für mehr Geld jetzt und sofort, damit ihre Gefolgschaft noch mehr kaufen und noch mehr wegwerfen kann.

Vor den Überlebensproblemen kneifen alle und begnügen sich mit Schlagworten wie "ökologischer Umbau der Industriegesellschaft". Das ganze Wesen der Industriegesellschaft besteht doch gerade darin, daß sie nur antiökologisch sein kann. Industrieller Fortschritt bedeutet nichts anderes, als Stück um Stück der Natur zu verarbeiten.

Retten könnte uns nur der Ausstieg aus der Industriegesellschaft. Dafür befinden sich aber schon fünfmal zuviel Menschen auf diesem Planeten - und 30 Jahre weiter werden es bereits achtmal zuviel sein. Folglich sind alle Staaten emsig

dabei, die Industrie- und Handelsgesellschaft global auszubauen. Die Menschheit ist dabei, aus der Welt einen einzigen Fabrikations- und Verbrauchsbetrieb zu machen, obwohl keine politischen Gemeinsamkeiten existieren, ja nicht einmal vage Vorstellungen über globale Lenkungssysteme bestehen.

Wir haben im Gegenteil das Gegenteil vor Augen, wie das größte zentralistische Lenkungsexperiment der Weltgeschichte scheiterte. In der ehemaligen Sowjetunion, in Jugoslawien, überall und auf allen Kontinenten vollzieht sich die Aufsplitterung in Völker und Stämme. Diese besinnen sich auf ihre alten Sprachen, entdecken ihre ursprünglichen Kulturen und Religionen und wollen sie wiederherstellen.

Die großartigen Utopien von einer einzigen Weltzivilisation, seien sie kommunistisch oder liberalistisch, sind überholt. Nur die EG hat das noch nicht begriffen; sie bastelt realitätsfern an ihrer Utopie einer Union - diesmal nicht von sozialistischen Sowjetrepubliken, sondern von kapitalistischen Marktrepubliken. Während im Osten 290 Millionen Bürger die gemeinsame Währung abschaffen, soll für 350 Millionen Westeuropäer eine solche eingeführt werden. Eine Mammutbürokratie unternimmt es, Europa bis in die letzten Winkel zu dirigieren und selbst die Käsesorten vorzuschreiben. Man könnte glauben, das Politbüro sei von Moskau nach Brüssel umgezogen.

Indessen wird die europäische Kultur, die in unserem Jahrhundert in der triumphalen weltbeherrschenden und naturvernichtenden Technik kumulierte, nicht an der Degeneration ihrer Menschen untergehen wie frühere Hochkulturen, sondern aufgrund physikalischer Gesetze: an der alles überflutenden Masse Mensch auf gleichbleibender Erdoberfläche, an deren gewaltiger Energieproduktion und ihrem Stoffumsatz, der Verwandlung wertvoller Materie in wertlosen, ja giftigen Abfall nämlich, also an Abläufen, die mittlerweile nicht mehr umkehrbar sind.

Es wird keine 100 Jahre dauern, bis die ganze technisierte Weltwirtschaft einschließlich Landwirtschaft schon mangels Erdöl scheitern muß. Und wenn der Weltgüterverkehr aufhört, dann ist es aus mit der globalen Verbundwirtschaft und der weltweiten Nahrungsverteilung.

Am schlimmsten ergeht es der Dritten Welt. Dort sitzen jetzt schon die Menschen in Hunderten von Ballungsgebieten zu jeweils mehreren Millionen, denen alles herantransportiert werden muß, sogar das Trinkwasser. Das sind die Hunger- und Seuchengebiete der kommenden Jahre. Dort wird auch ohne Atomkrieg das große Sterben grassieren. In ihrer Not werden die Menschen zu den unvernünftigsten Mitteln greifen und damit ihre Lage noch weiter verschlimmern.

Es ist ausgeschlossen, daß die Wohlstandsländer - so sehr sie sich auch bemühen wollten - die Probleme jener Völker "lösen" können, wie die Politiker immer noch daherschwätzen. Allein die dortige Verdoppelung der Bevölkerung alle 30 Jahre fegt selbst die größten ökonomischen Erfolge hinweg. Politisches Chaos ist schon heute allenthalben die Folge. Wer immer kann, wird aus den Elendsregionen in die letzten Wohlstandszonen der Erde flüchten.

Aber wenn - was droht - 500 Millionen Menschen aus der Dritten Welt nach Westeuropa kommen, dann bricht auch hier jegliche Ordnung zusammen. Dort allerdings schaffen selbst 500 Millionen Abgewanderte keine Entlastung; denn in nur sieben Jahren ist diese Lücke von 500 Millionen schon wieder ausgefüllt. Und nach 14 Jahren leben in den Armutsländern abermals mindestens 500 Millionen mehr als heute.

Die menschliche Gattung ist zu Ende mit ihrer Weisheit. Sie hat sich den Erdball rücksichtslos unterworfen; sie kann sich nicht zügeln, und sie wird das nie können. Göttliche Weisheit und Voraussicht wären vonnöten. Doch die menschliche Psyche, mit der wir seit Tierzeiten ausgestattet sind, ist himmelweit davon entfernt. Der Mensch kann nicht vorausdenken (der antiken Cassandra hatte diese Gabe ein Gott verliehen, doch ändern konnte sie auch nichts) und erst recht nicht danach handeln.

Wir haben allerdings über die Arbeitsweise der Natur in den letzten Jahren tiefgründige ökologische Erkenntnisse gewinnen können. Damit wissen wir jetzt, welche Vorgänge sie und uns unweigerlich in den Untergang treiben. Doch nie werden sterbliche Wesen imstande sein, die letztlich verborgenen Kräfte der Natur zu steuern. Wir sind nun mit unheimlichen selbstgefertigten Waffen ausgestattet, die der Natur und uns den Tod bringen. Das beginnen wir erst jetzt zu begreifen, da

es zur Umkehr zu spät ist.

Die verbleibende Chance besteht nur in Fristverlängerungen. Aber auch dazu rafft sich kein Volk, keine Regierung, keine Partei auf. Nur unsere hybriden Gehirne, die so viele stolze Leistungen hervorgebracht haben, bilden sich noch hin und wieder ein, das Schicksal aufhalten zu können. (Herbert Gruhl, 70, zählt zu den (ökologischen Vordenkern und frühen (Mahnern zur Umkehr in der (Bundesrepublik. 1975 veröffentlichte er (das Buch "Ein Planet wird geplündert". (In dieser Woche erscheint im Verlag (Langen Müller sein neues Buch ("Himmelfahrt ins Nichts".)

"Wer Verzicht einleitete, würde schnell hinweggefegt"

Herbert Gruhl, 70, zählt zu den ökologischen Vordenkern und frühen Mahnern zur Umkehr in der Bundesrepublik. 1975 veröffentlichte er das Buch "Ein Planet wird geplündert". In dieser Woche erscheint im Verlag Langen Müller sein neues Buch "Himmelfahrt ins Nichts".

DER SPIEGEL 13/1992